

**Gedenkstunde des Deutschen Bundestages aus Anlass des
75. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges**
Berlin, 10. September 2014

**Ceremony of Remembrance at the German Bundestag
Commemorating the 75th Anniversary of the Beginning
of the Second World War**
Berlin, 10 September 2014

**Uroczystość Niemieckiego Bundestagu z okazji
75 rocznicy wybuchu II wojny światowej**
Berlin, 10 września 2014 r.







- 4 Gedenkstunde des Deutschen Bundestages aus Anlass des 75. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges**
- 6 Programm der Gedenkstunde**
- 8 Begrüßung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert**
- 18 Rede von Bronisław Komorowski, Präsident der Republik Polen**
- 40 Biografie**

Inhalt
Contents
Spis treści

- | | | | |
|----|--|-----|--|
| 42 | Ceremony of Remembrance at the German Bundestag Commemorating the 75th Anniversary of the Beginning of the Second World War | 80 | Uroczystość Niemieckiego Bundestagu z okazji 75 rocznicy wybuchu II wojny światowej |
| 44 | Order of proceedings | 82 | Program uroczystości |
| 46 | Professor Norbert Lammert,
President of the German Bundestag | 84 | Przewodniczący prof. dr Norbert Lammert |
| 56 | Bronisław Komorowski,
President of the Republic of Poland | 94 | Wystąpienie Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej Bronisława Komorowskiego |
| 78 | Biography | 116 | Biogram |



**Gedenkstunde des Deutschen Bundestages aus Anlass des
75. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges**
Berlin, 10. September 2014

Begrüßungsansprache durch den
Präsidenten des Deutschen Bundestages,
Prof. Dr. Norbert Lammert

Rede
S.E. der Präsident der Republik Polen,
Bronisław Komorowski

Die Europahymne wird gespielt von:
Lukas Bach, Trompete
Jan Sebastian Melzer, Trompete
Moritz Schilling, Trompete
Mai Takeda, Trompete
Frithjof Zeltwanger, Trompete
Elsa Klemm, Horn
Anton Richter, Horn
Rocco Rescigno, Posaune
Philipp Krüger, Tuba

Programm der Gedenkstunde



Staatspräsident Komorowski und
Bundestagspräsident Lammert
begeben sich mit den Vertretern der
Verfassungsorgane zu ihren Plätzen

President Komorowski and
Norbert Lammert, President of the
Bundestag, walking to their seats
with the representatives of the
constitutional bodies

Prezydent Komorowski i Przewod-
niczący Bundestagu Lammert udają
się z przedstawicielami organów
konstytucyjnych na swoje miejsca

Sehr geehrter Herr Staatspräsident!
Herr Bundespräsident!
Verehrte Repräsentanten aller
Verfassungsorgane!
Exzellenzen!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Verehrte Gäste!

Als Johannes Paul II., der große, unvergessene polnische Papst, 1996 das wiedervereinigte Deutschland besuchte, führte ihn sein Weg natürlich auch nach Berlin. Unweit vom Reichstagsgebäude ging er durch das offene Brandenburger Tor. Seinen Begleitern soll er damals gesagt haben, der Zweite Weltkrieg habe nun endlich sein Ende gefunden. Dieser Zweite Weltkrieg, der mit dem deutschen Überfall auf Polen vor 75 Jahren begann, dauerte sechs Jahre. Doch er wirkte Jahrzehnte nach, in denen Staaten und Gesellschaften Europas die Folgen zu tragen hatten. Er wirkte nach in Familiengeschichten und unzähligen biografischen Schicksalen weltweit. Gerade als Polen war dem Papst die fortwährende Gegenwart der Geschichte bewusst. Als junger Mann hatte Karol Wojtyła in Krakau unter deutscher Besatzung gelitten. Er erlebte als Student, wie die deutsche Sicherheitspolizei fast 200 Professoren und Mitarbeiter der berühmten Jagiellonen-Universität in die Konzentrationslager Sachsenhausen und Dachau verschleppte.

Begrüßung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert

Ihn selbst verpflichteten die Deutschen zu harter Zwangsarbeit. Diese Vergangenheit vor Augen hat Johannes Paul II. später einmal die Freiheit als „fortwährende Eroberung“ beschrieben. Er hat gefragt:

„Wo liegt die Wasserscheide zwischen Generationen, die nicht genug bezahlt haben, und Generationen, die zu viel bezahlt haben? Wir, auf welcher Seite stehen wir?“

Meine Damen und Herren, wir erinnern heute an den verheerendsten Krieg in der Geschichte, an einen von Deutschland mutwillig herbeigeführten Krieg, für den Generationen viel, zu viel bezahlen mussten. Zugleich sehen wir täglich die schockierende Gewalt und das menschliche Leid gegenwärtiger Kriege – in Syrien, im Irak, im Südsudan, im Nahen Osten, in der Ukraine. Auch heute zahlen Generationen viel für ihre Freiheit – ohne die Gewissheit, sie tatsächlich zu erreichen. Auf welcher Seite stehen wir? – Diese Frage stellt sich für jede Generation neu. Und für uns Deutsche stellt sie sich ganz besonders.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor der Sommerpause haben wir in einer Gedenkstunde an den Ausbruch, die Ursachen und Folgen des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren erinnert.

Die Epoche, die sich an den Sommer 1914 anschloss, wird nicht zu Unrecht gelegentlich als „Zweiter Dreißigjähriger Krieg“ bezeichnet. Denn nur 20 Jahre nach Ende des ersten löste das nationalsozialistische Deutschland den zweiten der beiden Weltkriege aus, die den europäischen Kontinent im 20. Jahrhundert verwüsteten.

Seine schreckliche Bilanz: über 50 Millionen Kriegstote weltweit, Abermillionen entwurzelte Menschen – Deportierte, Vertriebene, Flüchtlinge; ein zerstörtes Europa, geteilt durch einen Eisernen Vorhang in rivalisierende politisch-ideologische Blöcke, vor allem jedoch gekennzeichnet von bislang beispiellosen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Mit der – anders als 1918 – totalen Niederlage war Deutschland nicht nur militärisch besiegt, sondern es hatte sich auch moralisch diskreditiert.

Indem wir an diese deutsche Schuld erinnern, bekennen wir uns zu unserer Verantwortung und zu den Lehren, die wir aus dieser Geschichte gezogen haben. Wir sind dankbar für die Chance, die unserem Land zuteil wurde, in die Gemeinschaft der Nationen zurückzukehren zu dürfen. Uns ist bewusst, dass es dazu der Bereitschaft zur Versöhnung all derjenigen Nationen bedurfte, die unter der deutschen Besatzung schwer gelitten und unter hohen Verlusten aufseiten der Gegner Hitler-Deutschlands gekämpft haben.



Bundestagspräsident Lammert begrüßt die Gäste der Gedenkveranstaltung

Norbert Lammert, President of the Bundestag, welcoming the guests

Przewodniczący Bundestagu Lammert wita gości uroczystości

Ihr Besuch, Herr Staatspräsident, unterstreicht die besondere Bedeutung, die dabei den Beziehungen zu unseren polnischen Nachbarn zukommt. Polen wurde das erste Opfer des Zweiten Weltkriegs; Ihre Landsleute litten länger als alle anderen unter der deutschen Besatzung. Umso mehr muss es in der Tat als Wunder gelten, „dass Polen und Deutsche heute nicht nur Nachbarn sind, die sich vertragen, sondern Freunde, die sich mögen“, wie unser Bundespräsident aus Anlass des 70. Jahrestages des Warschauer Aufstandes zu Recht hervorgehoben hat.

Herr Staatspräsident Komorowski, ich danke Ihnen im Namen dieses Hauses für den besonderen Beitrag, den Sie persönlich dazu geleistet haben, und für die Bereitschaft, heute zu uns zu sprechen.

Seien Sie uns herzlich willkommen!

Beifall

Ihnen, Herr Bundespräsident, möchte ich meinen Respekt dafür ausdrücken, dass Sie und wie Sie in der vergangenen Woche in Danzig zum richtigen Anlass am richtigen Platz das Richtige und Notwendige gesagt haben.

Beifall

Meine Damen und Herren, als Hitler am 1. September 1939 kurz nach 10 Uhr vor das gleichgeschaltete Parlament trat – nicht mehr hier im ausgebrannten Reichstagsgebäude, sondern gegenüber in der Kroll-Oper –, lag Polen bereits seit Stunden unter Feuer. Kurz vor Sonnenaufgang hatte das Schulschiff „Schleswig-Holstein“, das – perfide genug – zu einem Freundschaftsbesuch in Danzig war und dort vor Anker lag, damit begonnen, die polnische Garnison auf der Westerplatte zu beschließen. Zur gleichen Zeit wurde die Stadt Wielun östlich von Breslau unter hohen zivilen Verlusten von deutschen Kampfbomben dem Erdboden gleichgemacht.

Dem deutschen Überfall war ein diplomatisches Schurkenstück vorausgegangen: Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt, den Hitler am 23. August mit Stalin geschlossen hatte, war in seiner Absicht und seiner Wirkung ein Angriffspakt zweier ideologischer Antipoden, die sich in einem geheimen Zusatzprotokoll darauf verständigt hatten, Mittelosteuropa mit imperialer Brutalität in Einflusssphären untereinander aufzuteilen: von Finnland über die baltischen Staaten und Polen bis nach Rumänien.

Am 17. September 1939 marschierte die Rote Armee in Ostpolen ein, mit der zynischen Begründung, den Polen Ordnung und Ruhe zu bringen, vor allem aber die Ukrainer und Weißrussen schützen zu wollen.



Bundesratspräsident Stephan Weil,
Bundespräsident Joachim Gauck,
Staatspräsident Bronisław
Komorowski, Bundeskanzlerin
Angela Merkel und der stellvertre-
tende Bundesverfassungsgerichts-
präsident Paul Kirchhof (v.l.n.r.)
während der Begrüßungsrede von
Bundestagspräsident Norbert
Lammert

From left to right: Stephan Weil,
President of the Bundesrat, Federal
President Joachim Gauck, President
Bronisław Komorowski, Federal
Chancellor Angela Merkel, and Paul
Kirchhof, Vice-President of the
Federal Constitutional Court,
during the welcome statement by
Norbert Lammert, President of the
Bundestag

Przewodniczący Rady Federalnej
Stephan Weil, Prezydent Federalny
Joachim Gauck, Prezydent
Bronisław Komorowski, Kanclerz
Federalna Angela Merkel i
Wiceprezes Federalnego Trybunału
Konstytucyjnego Paul Kirchhof (od
lewej) podczas powitania przez
Przewodniczącego Bundestagu
Norberta Lammerta

Es folgten Deportationen und massenhafte Exekutionen, darunter das Massaker an Tausenden Offizieren in Katyn im Frühjahr 1940. Auf deutscher Seite war das, was die deutsche Propaganda als „Polenfeldzug“ verharmloste, tatsächlich der Auftakt zu einem geschichtlich beispiellosen Rassenkrieg, der sich bald auch gegen die Sowjetunion richten sollte. Die deutschen Eroberungen im Osten hatten bereits im Überfall auf Polen den Charakter eines kühl kalkulierten Vernichtungskrieges. In einer Geheimkonferenz mit ranghöchsten Vertretern der Wehrmacht hatte Hitler am 22. August 1939 seine Vorstellungen des bevorstehenden Krieges unmissverständlich klargemacht. Es gibt verschiedene Aufzeichnungen dieser Unterredung mit unterschiedlichem Wortlaut. In der Tendenz ist immer wieder das Gleiche zu lesen: Es geht um die „restlose Zertrümmerung Polens“, um Verfolgung bis zur „völligen Vernichtung“.

Zum Opfer fielen den Massenerschießungen vorrangig Angehörige der gesellschaftlichen Elite, Vertreter des Staates, Bürgermeister, Richter, Geistliche, Adelige, Gewerkschafter, Wissenschaftler und Künstler, Kaufleute, Lehrer, Anwälte und Ärzte. Die ersten Massaker geschahen bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn in kaschubischen Wäldern. Zugleich wurde mit nie dagewesener Härte eine jahrhundertealte jüdische Tradition ausgelöscht. Als Hauptschauplatz der industriellen Vernichtung der europäischen Juden, die aus allen besetzten Gebieten deportiert wurden, wurde Polen – in den Worten seines großen Literaten Andrzej Szczypiorski – zum „größten Friedhof der Zivilisation“. Im Gedenken an diese von Deutschen verübten Verbrechen erinnern wir auch an all diejenigen, die in schier aussichtsloser Lage in Deutschland wie in den besetzten Nachbarländern mutigen Widerstand leisteten und ihn mit ihrem Leben bezahlten, etwa im Warschauer Ghetto 1943 oder beim Warschauer Aufstand der polnischen Heimatarmee 1944. Wir erinnern an die Frauen und Männer der Weißen Rose und des 20. Juli.

Blick in den Plenarsaal während der Gedenkstunde

View of the plenary chamber during the Ceremony of Remembrance

Widok na salę plenarną podczas uroczystości

Meine Damen und Herren, Deutsche und Polen haben nicht nur eine gemeinsame Grenze, sie teilen sich vor allem eine gemeinsame Geschichte. In ihr haben Grenzen freilich eine unheilvolle Bedeutung gehabt, vor allem seit Brandenburg-Preußen zur europäischen Macht aufgestiegen war. Der große Preußenkönig Friedrich II. war kein Freund Polens.

Er blickte mit demonstrativer Geringschätzung auf die aus dem 16. Jahrhundert überkommene polnische Adelsrepublik. Kaltblütig nutzte er 1772 die Gelegenheit, auf ihre Kosten sein Territorium zu vergrößern. Polen, seiner Freiheit beraubt, wurde zum Spielball Preußens, Habsburgs und Russlands, die ihre machtpolitischen Ambitionen zulasten eines Nachbarn durchsetzten.

Gedemüigt nahmen die Polen in der Folge vorweg, was später Preußen nach der eigenen Niederlage gegen Napoleon tat:

Sie leiteten große Reformen ein. 1791 verabschiedeten sie die erste schriftliche Verfassung, die es in Europa überhaupt gab, auf den Tag genau vier Monate vor der französischen Nationalversammlung. Was darauf folgte, waren militärische Strafaktionen der politischen Reaktion in Berlin und Sankt Petersburg.

Mit der zweiten und dritten polnischen Teilung 1793 und 1795 war der polnische Staat nach 800 Jahren Existenz von der europäischen Landkarte getilgt. Das preußische Territorium hatte sich dafür verdoppelt.

„Wo liegt die Wasserscheide zwischen Generationen, die nicht genug bezahlt haben, und Generationen, die zu viel bezahlt haben?“ Die Polen haben festgehalten an der Idee nationaler Einheit. Mit ihrem Durchhaltewillen wurden sie auch den Liberalen in Deutschland zum Vorbild. „Denn ohne Polens Freiheit keine deutsche Freiheit. Ohne Polens Freiheit kein dauernder Friede“, hieß es beim Hambacher Fest 1832, als man neben der schwarz-rot-goldenen auch die polnische weiß-rote Fahne hisste. Die proklamierte Verbindung aus deutschem Einheitsstreben und polnischer Unabhängigkeit hatte allerdings nur rhetorische Bedeutung.



In der Revolution 1848 dominierten bereits wieder die nationalen Töne, auch in der Paulskirche, als die Frankfurter Nationalversammlung gegen die Proteste der Polen die preußische Provinz „Großherzogtum Posen“ in den Deutschen Bund eingliederte. Wer heute gelegentlich in aktuellen Zusammenhängen vermeintliche „polnische Empfindlichkeiten“ beklagt, hat offenbar keine Vorstellung von dem Trauma einer Nation, die über mehrere Jahrzehnte und Jahrhunderte als Staat von der Landkarte verschwunden war. Das Ende des Ersten Weltkrieges brachte für viele Völker in Mittelosteuropa die Gründung eigener Nationalstaaten. Auch die Polen nahmen 1918/19 ihr nationales Selbstbestimmungsrecht wieder in eigenen Grenzen wahr – nach über 120 Jahren Fremdherrschaft. Die neue Friedensordnung, die der Versailler Vertrag geschaffen hatte, sah unter anderem einen Sonderstatus für Danzig vor als völkerrechtlich selbstständiges Gebilde einer vom Völkerbund kontrollierten freien Stadt. Ein Korridor verhalf dem neuen polnischen Staat zum Zugang zum Meer und trennte zugleich Ostpreußen vom Rest Deutschlands – ein Umstand, den Hitler als Vorwand zu nutzen wusste, um 1939 den von ihm lange angestrebten Krieg vom Zaune zu brechen.

Meine Damen und Herren, Deutsche haben 1939 den Krieg begonnen. Sie haben ihn 1945 verloren. Aber sie haben nicht alleine dafür bezahlt. Die bedingungslose Kapitulation, die wir Deutschen heute als Befreiung erkennen, brachte für die Polen zunächst keine Freiheit. Es gehört zur polnischen Tragödie im 20. Jahrhundert, dass dem Sieg über Hitler bleierne Jahrzehnte folgten, in denen den Polen – und mit ihnen allen, die unter sowjetische Herrschaft kamen – die Selbstbestimmung weiter vorenthalten blieb.

Nach 1945 erlebte Polen eine gigantische Westverschiebung des eigenen Landes, die für Millionen Menschen den Verlust der Heimat bedeutete. Wenn wir heute auch des Leids gedenken, das dabei Deutsche, meist persönlich schuldlos, als Opfer politischer Entwicklungen erlitten haben, dann können wir dies nur deswegen, weil wir zugleich keinen Zweifel über Ursache und Wirkung lassen. Hitlers unbändiger Vernichtungswille, unter dem Völker und Nationen von der Atlantikküste bis in den Kaukasus, vom Nordkap bis nach Nordafrika so unendlich schwer gelitten haben, schlug am Ende gegen das eigene Volk zurück. Bei flächendeckenden Bombardements auf deutsche Städte starben Hunderttausende Zivilisten, jahrhundertealte Stadtbilder wurden ausgelöscht, für Millionen Soldaten folgten Jahre der Kriegsgefangenschaft, viele kehrten nie mehr heim. Das Land blieb auf Jahrzehnte geteilt.

Blick auf die Vertreter des Bundesrates

View of the representatives of the Bundesrat

Przedstawiciele Rady Federalnej

In der Trauer über den erlittenen Verlust fehlt es in Deutschland gelegentlich noch heute an Wissen über und an Verständnis für das Vertreibungsschicksal der Polen. Beispielhaft dafür ist die Familiengeschichte unseres Staatsgastes: Er trägt den Namen seines Onkels, der 1943 mit 16 Jahren wegen seiner Mitwirkung im polnischen Untergrund in Vilnius auf deutschen Befehl erschossen wurde. Die Wurzeln der Familie Komorowski liegen im heutigen Litauen. Nach deren Vertreibung durch die sowjetischen Besatzer kam Bronisław Komorowski in der Nähe von Breslau zur Welt – in einem Haus, das vorher Deutschen gehört hatte. Sie, verehrter Herr Staatspräsident, sagen deshalb:

„Ein Europa, in dem jedes Volk sich auf das Leid der eigenen Opfer konzentrierte, wäre ein grauenvoller Kontinent. Die Vergangenheit soll uns dazu verpflichten, eine gemeinsame Zukunft zu planen.“

Möglich geworden ist dies erst durch die großen Umwälzungen, die 1989 mit maßgeblicher polnischer Beteiligung Europa verändert haben.

Meine Damen und Herren, die deutsch-polnische Geschichte im 20. Jahrhundert manifestiert sich mehr als anderswo in Danzig. Mehr noch:

Diese Stadt ist zu einem europäischen Erinnerungsstort geworden. Mit dem Versailler Vertrag war sie Menetekel für einen neuen europäischen Konflikt, 1939 wurde sie zum Ort des Kriegsausbruchs. Später jedoch, mit der Solidarność-Bewegung, wurde aus der ehemel Freien Stadt Danzig die Stadt der Freiheit – ein Schauplatz der friedlichen Revolutionen in ganz Ost- und Mittelosteuropa.

An die großen polnischen Verdienste um die deutsche Einheit und die Freiheit in einem vereinten Europa erinnert seit 2009 an der Ostfassade des Reichstagsgebäudes ein Mauerstück der ehemaligen Danziger Lenin-Werft. In Ihrer Amtszeit als Sejm-Marschall, lieber Herr Komorowski, haben wir es gemeinsam enthüllt. Im Gegenzug verweist in Kreisau, auf dem Gut der Familie Moltke, ein Stück der Berliner Mauer auf den 9. November 1989. Dieser herausragende Ort des deutschen Widerstandes steht für den Aufbruch in den deutsch-polnischen Beziehungen nach Ende des Ost-West-Konflikts. Hier nahmen am 12. November 1989 Helmut Kohl und Tadeusz Mazowiecki an einer Versöhnungsmesse teil, nachdem der deutsche Bundeskanzler seinen Staatsbesuch in Polen wegen des Falls der Berliner Mauer unterbrochen hatte.



Die Mauern, in Danzig wie in Berlin, sind durch Bürgerrechtler, durch zivilgesellschaftliches Engagement überwunden worden. Herr Staatspräsident, Sie haben beide Mauerstücke, das der Berliner Mauer und das der Danziger Werft, als „Symbole der Integration, des Dialogs und der Verständigung“ bezeichnet. Die Aussöhnung zwischen unseren beiden Nationen mit ihrer jahrhundertealten Geschichte leidvoller territorialer Veränderungen beweist, dass Frieden in Europa nur möglich ist, wenn die territoriale Integrität der Staaten nicht mehr infrage gestellt wird – eine Erkenntnis, um die auch in Deutschland lange, auch noch im Kontext der Wiedervereinigung und der Diskussion über die deutsch-polnische Grenze, gerungen wurde. Diese Erkenntnis ist im heutigen Europa aktueller denn je. Gerade deshalb ist die Wahl eines polnischen Ministerpräsidenten zum Präsidenten des Europäischen Rates ein starkes Signal und ein Symbol für das Selbstverständnis dieser Europäischen Union.

Beifall

Meine Damen und Herren, „wo liegt die Wasserscheide zwischen Generationen, die nicht genug bezahlt haben, und Generationen, die zu viel bezahlt haben? Wir, auf welcher Seite stehen wir?“ Der 1. September 1939 und seine Folgen sind und bleiben für uns Deutsche ein Stück Geschichte, das nicht einfach Vergangenheit ist. Sie beschämt uns, und sie stärkt uns in unserem Willen und der Selbstverpflichtung unserer Verfassung, gemeinsam mit allen unseren Nachbarn und Partnern „als gleichberechtigtes Glied in einem freien Europa dem Frieden in der Welt zu dienen“. Dass Polen und Deutsche daran gemeinsam arbeiten – als Nachbarn, als Partner, als Freunde –, ist ein ermutigendes Beispiel dafür, dass wir aus der Geschichte lernen können, wenn wir ihre Lektionen begriffen haben. Ihre Anwesenheit heute im Deutschen Bundestag, Herr Staatspräsident, bestätigt diesen Zusammenhang. Wir freuen uns auf Ihre Rede.

Beifall



Staatspräsident Komorowski,
Bundeskanzlerin Merkel und der
stellvertretende Bundesverfassungs-
gerichtspräsident Kirchhof (v.l.n.r.)

From left to right: President
Komorowski, Federal Chancellor
Merkel, and Paul Kirchhof,
Vice-President of the Federal
Constitutional Court

Prezydent Komorowski, Kanclerz
Federalna Merkel i Wiceprezes
Federalnego Trybunału
Konstytucyjnego Kirchhof
(od lewej)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!
Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident!
Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin!
Sehr geehrte Damen
und sehr geehrte Herren Abgeordnete
und alle werten Damen und Herren!

Dass ich heute als Präsident des freien, demokratischen Polens im Deutschen Bundestag, im Herzen der deutschen Demokratie, sprechen kann, bewegt mich zutiefst. Dass ich hier, im Herzen des deutschen Staates, der Polen so nahe und freundschaftlich verbunden ist, anlässlich des 75. Jahrestags des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs sprechen kann, ruft nicht nur die Bewegtheit hervor, sondern auch ein Gefühl des Glücks, das die Generation, meine Generation, begleitet, deren Eltern nicht nur den Albtraum des Krieges überlebt haben, sondern auch in gegenseitiger deutsch-polnischer Feindschaft gelebt haben. Dieser Augenblick ist für mich ein Grund, stolz auf die Leistungen unserer Generation auf dem Weg zur Versöhnung und Wiedererlangung des Gefühls der gegenseitigen Nähe und Fähigkeit zur Zusammenarbeit zu sein.

Rede von Bronisław Komorowski,
Präsident der Republik Polen

Wir erinnern daran und dürfen es nie vergessen, dass im September 1939 – vor 75 Jahren – die Schüsse vom Panzerkreuzer Schleswig-Holstein auf die Westerplatte in Danzig und der in ganz Polen ausgelöste Fliegeralarm die Vorboten einer beginnenden Katastrophe, nicht nur für mein Land, sondern für das gesamte Europa waren. Damals begann der furchtbare Zweite Weltkrieg. Wir gedenken des 1. September und vergessen dabei nie den 17. September, als sowjetische Streitkräfte, die Verbündete Hitlerschlands waren, in Polen einmarschierten.

Der Krieg brachte für Dutzende Millionen Opfer den grausamen Tod und Hunderten Millionen von unschuldigen Menschen ein verheerendes Schicksal. Die Schrecken jener Zeit, der organisierte Terror sowie die systematischen Massenmorde an denen, die aus einer wahn- sinnigen Ideologie heraus als Untermenschen galten, sind bis heute in unserem europäischen Gedächtnis geblieben. Noch immer bleiben in der Erinnerung jene Zeiten wach, zu deren Symbol der Holocaust und die bewussten, gegen die Eliten der eroberten Völker gerichteten Vernichtungsaktionen wurden. Fast jede polnische Familie, auch die meine, erlebte nicht nur den heldenhaften Kampf, sondern erfuhr auch die Schrecken der Razzien, der Versklavung in Lagern, der Brutalität von Umsiedlungen und der Massenhinrichtungen.

Erinnert werden sollte auch daran, dass letztendlich nicht nur die Opfer des Angriffs, sondern alle, auch die Bevölkerung der Staaten, von denen die Aggression ausging, von Unglück und Leid betroffen waren.

Mit umso größerer Bewunderung dürfen wir daher die Menschen nicht vergessen, die sich der deutsch-polnischen Aussöhnung widmeten – die polnischen Bischöfe, die 1965 an die deutschen Bischöfe den berühmten Brief über das gegenseitige Vergeben als Antwort auf die damals anhaltenden Diskussionen unter den deutschen Christen schrieben. Wir dürfen die Menschen von der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, die Politiker Willy Brandt, Helmut Kohl, Tadeusz Mazowiecki und auch Władysław Bartoszewski nicht vergessen. Er, Władysław Bartoszewski, der ehemalige Auschwitz-Häftling, danach Mitglied der Żegota, einer Organisation des polnischen Untergrunds und Teil des polnischen Untergrundstaates, die den von der Vernichtung bedrohten Juden zu Hilfe kam, später langjähriger Häftling in der Stalinzeit, aber auch – was ich stets mit großem Stolz betone – mein Leidensgenosse im Internierungslager während des Kriegszustands.



Staatspräsident Komorowski spricht zu den Gästen der Gedenkveranstaltung

President Komorowski addressing the guests

Prezydent Komorowski przemawia do uczestników uroczystości

Er war es, der hier vor diesem Hohen Haus wichtige Dinge sagte, die nicht vergessen werden dürfen. Vor 19 Jahren sagte er:
„Die [deutsch-polnischen] Beziehungen haben heute eine europäische Dimension erlangt. Unsere Nachbarschaft wird in hohem Maße darüber entscheiden, ob und wann das geteilte Europa zusammenwachsen wird. Die Zusammenarbeit beider Staaten im geeinten Europa“, sagte er, „gehört heute zu den wichtigsten Zielen und Begründungen unserer bilateralen Beziehungen.“

Die vollständige Versöhnung, bereits unter den Bedingungen der von der polnischen Solidarność erkämpften Freiheit, war die Krönung der langjährigen Anstrengungen zugunsten eines neuen Anfangs in den deutsch-polnischen Beziehungen. Eines neuen Anfangs, einer neuen Ära einer guten Schicksalsgemeinschaft von Deutschland und Polen, einer Schicksalsgemeinschaft, die mit den Umwälzungen 1989 ihren Anfang nahm. Das war tatsächlich eine ungewöhnliche Zeit, eine Zeit, als Tadeusz Mazowiecki bereits Ministerpräsident des zur Freiheit drängenden Polens und erster nichtkommunistischer Regierungschef in unserem Teil Europas war und als die ersten Risse in der Berliner Mauer, die das deutsche Volk und Europa teilte, sichtbar wurden. Ich kann mich noch erinnern, wie DDR-Flüchtlinge Ende August 1989 nach Polen zu strömen begannen.

Damals hatten wir mit keinem einzigen Staat der damaligen westlichen Welt eine gemeinsame Grenze, doch die Ostdeutschen erwarteten mit Recht, dass die in Polen eingetretenen Veränderungen ihnen die Hoffnung geben würden, frei zu sein und in die Bundesrepublik gelangen zu können. Für uns Polen war die Organisation der Durchreise dieser Menschen nach Westdeutschland auch eine wichtige Erfahrung, ein Signal, dass sich der Fatalismus der deutsch-polnischen Beziehungen überwinden lässt, dass die freien Polen und die freien Deutschen sich verständigen und zusammenarbeiten können.

Im „solidaritätsgeprägten“ Polen schauten wir mit viel Sympathie auf all die mutigen Menschen, die es in Ostdeutschland riskierten, auf die Straße zu gehen und die Achtung der Bürgerrechte einzufordern. „Wir sind das Volk“ – dieser Spruch war ein Ruf nach Anerkennung als souveräne und unabhängige Bürger gegenüber dem Staat.



Blick in den Plenarsaal während
der Rede von Staatspräsident
Komorowski

View of the plenary chamber during
President Komorowski's speech

Widok na salę plenarną podczas
wystąpienia Prezydenta
Komorowskiego

Roland Jahn, der jetzige Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, der damals ein junger Oppositioneller war, erinnerte sich nach Jahren, dass in diesem Herbst der Wende „die Solidarność mit uns auf dem Leipziger Ring mitmarschierte“.

Wir in Polen verfolgten hoffnungsvoll die Gebete und Proteste vor der Nikolaikirche in Leipzig. Wir wussten, dass wir den Erfolg der Freiheit nur gemeinsam dauerhaft sichern können. Damals beteten wir gemeinsam mit den Menschen in der Nikolaikirche um Freiheit, um unsere gemeinsame Sache. Dies war nicht nur ein Sieg der Diplomatie oder der politischen Bündnisse. In Wirklichkeit veränderte sich Europa durch den Willen der Völker – den Willen der nach Freiheit dürstenden Menschen. Unsere Völker haben die damalige historische Konjunktur nicht verpasst. Die letzten 25 Jahre stehen für eine geradezu unglaubliche Geschichte des von Deutschen und Polen zusammen vorangetriebenen Aufbaus eines geeinten Europas. Dies ist eine einmalige Geschichte der Versöhnung, die der Millionen Gräber gedenkt, an die mit dem Rauch der Krematorien aufsteigende Asche, an die Ruinen des aufständischen Warschaus und an die Trümmer Berlins erinnert, die die wunderbare Tradition des Jahres 1989 trägt und eine neue Hoffnung für Europa und die Welt aufbaut und aufbauen wird.

Und heute, mir dieser grausamen, bitteren, aber auch teilweise glorreichen Geschichte der Völker Mittel- und Osteuropas im 20. Jahrhundert bewusst, stehe ich vor Ihnen, meine Damen und Herren, als Zeuge dieses Wunders der Versöhnung, der außergewöhnlichen Gegenwart, in der die junge Generation von Deutschen und Polen wohl zum ersten Mal seit zweihundert Jahren zusammen lernt und arbeitet sowie die gemeinsame Zukunft der Völker eines geeinten Europas gestalten kann. Ich freue mich, dass wir dieses wahrhaft kopernikanischen Umbruchs in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen gemeinsam gedenken wollen, wovon dieses symbolische Stück der in unmittelbarer Nähe des Reichstagsgebäudes aufgestellten Danziger Werftmauer oder auch die Idee der Autobahn der Freiheit, die bald – nicht nur physisch, sondern auch symbolisch – Warschau und Berlin verbinden wird, zeugen. Für diese Gesten – nicht nur gegenüber der polnischen Solidarność, sondern auch gegenüber allen, die von der deutsch-polnischen Versöhnung und Zusammenarbeit träumen – danke ich von ganzem Herzen. Meinen besonderen Dank lege ich in die Hände meiner Freunde: des Herrn Bundespräsidenten Joachim Gauck und des Herrn Bundestagspräsidenten Norbert Lammert.

Ich danke allen freien Deutschen!

Blick auf die Tribüne mit Gästen aus dem Diplomatischen Corps

View of guests from the Diplomatic Corps in the gallery

Widok na trybunę z gośćmi z korpusu dyplomatycznego

Sehr geehrte Damen und Herren, in diesem Jahr begehen wir nicht nur den 75. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs, sondern auch den 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs. Beide Kriege trennte nur eine Generation voneinander. Bemerkenswert ist jedoch, dass zwei Generationen von Europäern, die von den Kriegen so schmerhaft betroffen waren, aus den erlebten Katastrophen so unterschiedliche Schlussfolgerungen gezogen haben. Nach dem Ersten Weltkrieg beschritt Europa den Weg der Stärkung der nationalen Egoismen, des Strebens nach einer Revision der Kriegsergebnisse und einer Revanche für erlittene Verluste. Diese Phänomene begünstigten die Ausweitung linker und rechter Radikalismen und beförderten die Entstehung von autoritären und totalitären Systemen. Es brauchte erst das Drama des Zweiten Weltkriegs, damit Europa sich wieder dem zuwendet, was die europäischen Völker verbindet und nicht trennt, der Integration, der Stärkung des freien Marktes und der Demokratie, in Richtung einer Sicherheit, die auf dem Wohlstand und der Zusammenarbeit mit den Nachbarn beruht.

Der Erfolg der europäischen Integration hatte seine Wurzeln in der Kultur, in einem ähnlichen Verständnis der Rolle des Menschen in der Welt. Denn den Kern der europäischen Kultur bildet der Personalismus. Dieser kann aus dem Christentum abgeleitet werden, das das Konzept eines Menschen geschaffen hat, der sich selbst als „Person“ wahrnimmt. Er kann aber genauso auf die Tradition der Aufklärung zurückgeführt werden, wo er präzise von Immanuel Kant beschrieben wurde. Was die Europäer verbindet, ist die Überzeugung, dass die Würde jedes menschlichen Wesens unveräußerlich ist. Im Sinne dieser Überzeugung gilt es, das gesamte Bildungswesen und die Rechtsordnung aufzubauen, das wirtschaftliche Geschehen zu gestalten und Institutionen des Staates einzurichten. Um diesen Personalismus herum müssen wir heute eine möglichst breite „anthropologische Koalition“ von globaler Reichweite aufbauen, die das Pramat der Person voraussetzt. Dies ist uns eine grundlegende Botschaft, die heute von Europa auszugehen hat und die dem Kontinent zu verkünden ist. Dieses Menschenkonzept gilt es zu verteidigen: Der Mensch als Person, als denkendes, freies und soziales Wesen, das mit unendlicher Würde ausgestattet ist. Die Geschichte bestätigt uns in dem Bewusstsein, dass, wenn die menschliche Würde bedroht ist, ein Kompromiss nicht mehr als ein Wert an sich angesehen werden kann.



Das Wort „Wert“ wurde von mir bewusst verwendet, denn dies ist, dem Vorrang der Kultur vor der Wirtschaft und der Politik folgend, die Dimension, auch der polnischen Erfahrungen, die universell ist. Das Phänomen der Solidarność war nämlich seinem Wesen nach ein ethisches Phänomen. Aus dem Glauben an die Grundwerte, an die menschliche Würde, entstand die „Macht der Machtlosen“. Und sie war es, die der Solidarność ihre Wirksamkeit verlieh und somit den friedlichen Zerfall des blutigsten Imperiums in der Weltgeschichte bewirken konnte.

Auch Deutschland kennt diese Erfahrung. Den großen sozialen und wirtschaftlichen Erfolg eines nach dem Zweiten Weltkrieg zerstörten Deutschlands begleitete nämlich eine Debatte über die Grundwerte, über die ethischen Fundamente der wiedergeborenen deutschen Staatlichkeit. Eine solche Debatte hat ganz Europa heute dringend nötig! Die europäische Einheit kann nur dann tief und wirksam sein, wenn sie auf gemeinsamen Werten beruht.

Sehr geehrte Damen und Herren, „Europa ist nicht zustande gekommen, wir haben den Krieg gehabt“, schrieben die Gründerväter der Europäischen Gemeinschaften und schufen daher mit Konsequenz und Entschlossenheit die europäischen Institutionen im Bestreben, den Integrationsraum zu vertiefen und zu erweitern. Denn sie verstanden sehr wohl, dass nur ein geeintes Europa zum Europa ohne Kriege werden kann. So wurden die Fundamente des Friedens – die Achtung der Menschen- und Bürgerrechte, der demokratische Rechtsstaat sowie die Achtung der Minderheitenrechte – für die nächsten Jahrzehnte zum Aushängeschild Europas. Hierzu gehört auch die Fähigkeit, auf kreative Art und Weise Kompromisse zu schließen, zu denen wir auch heute bereit sein sollten, um den vor uns allen stehenden Herausforderungen die Stirn bieten zu können. Für Europa hat die Verbindung der Sorge des Staates um die Entwicklung aller Bürger mit einer leistungsfähigen Wirtschaft eine Schlüsselbedeutung. Nur ein vom Unternehmergeist ermutigtes Europa, das die Aktivitäten von klein- und mittelständischen Unternehmen in der ganzen Gemeinschaft fördert und auch ein der industriellen Entwicklung förderliches Klima ermöglicht, kann sich auf dem globalen Markt erfolgreich behaupten.

Blick auf die Vertreter der Bundesregierung während der Rede von Staatspräsident Komorowski

View of the representatives of the Federal Government during President Komorowski's speech

Przedstawiciele Rządu Federalnego podczas wystąpienia Prezydenta Komorowskiego

Wir brauchen heute eine kreative Anknüpfung an das Konzept einer sozialen und freien Marktwirtschaft, die zeigt, wie Subsidiarität und Solidarität sowie die Interessen des Einzelnen mit dem Gemeinwohl zu verbinden sind. Die Erfahrungen der polnischen Veränderungen zeigen, wie wichtig mutige Reformen und wie wichtig gute Regelungen sind, aber auch, dass Systemveränderungen auf die Befreiung der menschlichen Energie, der menschlichen schöpferischen Fähigkeiten auszurichten sind. Die nächste Aufgabe besteht in einer Stärkung des Euroraums, so dass dieser widerstandsfähiger gegen auftretende Erschütterungen wird. Die aus der letzten Krise gezogenen Schlussfolgerungen sowie weitere im Euroraum durchzuführende Reformen sollten weitere Staaten, darunter auch Polen, dazu ermuntern, den Euro als gemeinsames Zahlungsmittel gemäß den mit dem Beitritt in die Europäische Union eingegangenen Verpflichtungen in nicht allzu ferner Zukunft einzuführen.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass nur das Gefühl der Sicherheit und einer stärkeren Solidarität aller Mitglieder des Euroraums eine wirksame Anziehungskraft zugunsten des Euroraums entfalten können. Deshalb lohnt sich die Mühe, von allen Staaten des Euroraums Reformen und Verantwortung für den Euroraum zu verlangen. Mit neuer Stärke zeigt sich uns heute das Problem der Sicherheit – von der Energieversorgungssicherheit über den Schutz der Bürger vor Terrorakten und Schutz der territorialen Integrität der uns nahestehenden Staaten bis hin zur notwendigen Stärkung der eigenen Verteidigungsbereitschaft angesichts der Gefahr für die Welt, für unseren Kontinent und nicht nur für die Ostflanke der NATO, die die Rückkehr zur Anwendung von Macht und militärischer Aggression hier, in unserer Nähe, hier in Europa darstellt. Ich spreche von diesen Herausforderungen zum 10. Jahrestag der EU-Osterweiterung und meine damit unsere Zukunft. Es sind die beiden Nachbarn, Deutschland als größtes Land der so genannten „alten“ Union und Polen als das größte Land der „neuen“ Union, die heute anderen ein Beispiel nicht nur darin sein sollten, wie eine schwierige Vergangenheit zu überwinden ist, sondern auch darin, wie ein sicheres Europa für die nachkommenden Generationen, für die Zukunft aufzubauen ist.



Unsere beiden Länder sollten es sich zur Aufgabe machen, dass die alte Ost-West-Spaltung des Kontinents begraben und eine neue Spaltung verhindert wird. Genauso wie Herr Bundespräsident Joachim Gauck bin auch ich überzeugt, dass „wir nur gemeinsam das demokratische und friedliche Europa der Zukunft bauen können. Und nur gemeinsam können wir es verteidigen.“ Wir brauchen eine deutsch-polnische Verantwortungsgemeinschaft für die Zukunft Europas.

Um diese gemeinsame Zukunft wirksam aufzubauen zu können, müssen wir uns dessen bewusst sein, was wir nicht tun dürfen, damit die Fallen zum Beispiel einer oberflächlichen Integration, die lediglich eine Fassade aufbaut, vermieden werden können. Es braucht heute Mut, um sagen zu können, dass es trotz vieler schöner Träume und Projekte nicht einfach ist, zügig voranzuschreiten. Leichtfertige Versuche, weitere Integrationsschritte zu unternehmen, ohne dass die Fundamente gefestigt werden, können kontraproduktiv wirken und eher eine Abschwächung und Desintegration der Europäischen Union befördern, als dass sie die Europäische Union stärken und unterstützen.

Einem Zusammenhalt Europas können weder von oben unternommene Versuche der Homogenisierung des Kontinents förderlich sein, die trotz des allzu selten angewandten Prinzips der „Einheit in Vielfalt“ unternommen werden, noch bürokratische Regelungen in weiteren Bereichen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, die die Entwicklungsdynamik hemmen, die durch die natürlichen, kreativen Kräfte in den beiden Lebensbereichen gespeist wird. Die Subsidiarität, eine der Grundlagen des Gemeinschaftsrechts, wird in der Praxis allzu oft ignoriert. Wir wollen eine tiefere Integration. Wir wollen sie, deshalb steht vor der neuen europäischen Führung die riesige Aufgabe, diesen Zusammenhalt angesichts der sich abzeichnenden unvermeidbaren Differenzen in konkreten Integrationsbereichen aufrechtzuerhalten. Diese Verantwortung tragen weitgehend die größten EU-Staaten, die in den letzten Jahren manchmal Neigungen zum Unilateralismus zeigten und Aktivitäten entwickelten, die nicht ausreichend die Interessen der gesamten EU berücksichtigten. Diese zentrifugalen Verhaltensweisen können sich – was wir nicht vergessen dürfen – auch gegenseitig stärken und oft Reaktionen hervorrufen, die die Union schwächen können.

Blick auf Staatspräsident Komorowski während seiner Rede, dahinter Bundestagspräsident Lammert, links die Regierungsmitglieder, rechts die Vertreter des Bundesrates

View of President Komorowski during his speech; behind him is Norbert Lammert, President of the Bundestag; to the left are the members of the government, and to the right the representatives of the Bundesrat

Prezydent Komorowski podczas jego wystąpienia, za nim Przewodniczący Bundestagu Lammert, po lewej stronie członkowie Rządu Federalnego, po prawej stronie przedstawiciele Rady Federalnej



Sehr geehrte Damen und Herren, in Zeiten, in denen wir Menschen der freien Welt uns fundamentalen Herausforderungen stellen müssen, endet die deutsch-polnische Verantwortung nicht an den Grenzen der Europäischen Union. Deutschland und Polen und alle anderen Staaten verbindet eine gemeinsame Verantwortung für die transatlantischen Beziehungen und das Nordatlantische Bündnis, das eine gewichtige und stabilisierende Funktion in der gesamten, globalen internationalen Ordnung erfüllte und erfüllt. Daher sollten wir, trotz manchmal auftretender Meinungsunterschiede, keine weiteren Anstrengungen scheuen, um das transatlantische Vertrauen, das manchmal leider, wie wir wissen, erschüttert oder in Frage gestellt wurde, wieder aufzubauen. Dies ist eine große Aufgabe für Regierungen und zivilgesellschaftliche Einrichtungen auf beiden Seiten des Atlantiks. Diese stabilisierende Rolle des Bündnisses stützt sich auf den Washingtoner Vertrag als eine starke Grundlage, auf die Bereitschaft, der gegenseitigen Beistandspflicht in Not-situationen nachzukommen. Wir haben uns verpflichtet, dass die Mitgliedstaaten „einzelnd und gemeinsam durch ständige, wirksame Selbsthilfe und gegenseitige Unterstützung die Kraft des einzelnen Staates und der Gesamtheit der Staaten, einem bewaffneten Angriff Widerstand zu leisten, aufrechterhalten und entwickeln“ werden.

Diese Verpflichtungen bilden die Voraussetzung für unsere Vorstellungen von einem sicheren Europa und von den transatlantischen Verbindungen. Deshalb ist es wichtig, dass der jüngste Gipfel in Wales diese Verpflichtungen bestätigt hat. Ich denke, dass es uns nicht an Konsequenz in der Umsetzung der dort gefassten Beschlüsse fehlen wird und dass wir es nicht zulassen, dass uns die Hände gebunden werden durch Vereinbarungen mit Dritten, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Es ist eine gute Nachricht, dass eine der Antworten auf den Krieg in der Ukraine sein wird, die Ostflanke der NATO durch die ständige Präsenz von Streitkräften des Bündnisses und durch eine vorgeschobene logistische Infrastruktur in den Grenzstaaten zu stärken sowie unter anderem die Bereitschaft der schnellen Eingreiftruppe zu erhöhen und die Rolle des Hauptquartiers des Multinationalen Corps Nord-Ost in Stettin zu erweitern, dessen Kern aus polnischen, deutschen und dänischen Soldaten besteht.

Bundesratspräsident Weil und Bundespräsident Gauck (v.l.n.r.) verfolgen die Rede von Staatspräsident Komorowski

From left to right: Stephan Weil, President of the Bundesrat, and Federal President Gauck listening to President Komorowski's speech

Przewodniczący Rady Federalnej Weil oraz Prezydent Federalny Gauck (od lewej) słuchają wystąpienia Prezydenta Komorowskiego

Wir haben nicht vergessen, dass der Erfolg des westlichen Nachkriegseuropas und auch der Erfolg von Deutschland selbst dank der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika und dank des Schutzschilds der NATO möglich waren. Die NATO schuf den notwendigen Sicherheitsraum für die Entwicklung und tut dies auch noch bis heute. Heute, da wir uns erneut den Herausforderungen auf dem Gebiet der Sicherheit stellen, muss die NATO ein effizientes Militärbündnis bleiben, so dass uns ermöglicht wird, Entscheidungen zu treffen ohne Drohungen anderer fürchten zu müssen. Abschreckung bildet keinen Widerspruch zu Zusammenarbeit, keinen Widerspruch zu Zusammenarbeit und Dialog, sondern ist deren notwendige Ergänzung. Denn es gibt Mächte in der Welt, die auf eingegangene Verpflichtungen keine Rücksicht nehmen, sobald sie bei ihren Partnern militärische Schwäche oder fehlende Entschlossenheit verspüren.

Die Beziehungen zu Nordamerika dürfen sich jedoch nicht ausschließlich auf Sicherheitsfragen beschränken. Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft versteht sich als eine Verwirklichung des Plans, der fast zeitgleich mit der Entstehung des Bündnisses in der Überzeugung entstanden ist, dass die Leistungskraft der transatlantischen Gemeinschaft durch die Einrichtung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums sicher gestellt werden kann. Wir sind uns dessen durchaus bewusst, dass die lange Entstehungsgeschichte dieser Idee davon zeugt, dass sie für jede der Seiten schwierig ist und gewisse Risiken birgt. Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft ist aber nicht nur bloß eine Handelsvereinbarung, sondern eher der fehlende Teil einer transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft, ein Projekt von zivilisatorischer Dimension. Wollen wir die Lebendigkeit dieser Gemeinschaft aufrechterhalten, müssen wir in den Erfolg dieser Idee investieren. Während sich das Gewicht der Welt in Richtung Asien verlagert, wollen wir doch der westlichen Welt mehr Stabilität sichern. Die Aufrechterhaltung der politischen, militärischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen transatlantischen Beziehungen stellt – nach meiner Überzeugung – eine gute Investition in eine gute Zukunft dar. Das ist unsere gemeinsame Zukunft!





Bundeskanzlerin Merkel und der stellvertretende Bundesverfassungsgerichtspräsident Kirchhof hören der Rede von Staatspräsident Komorowski zu

Federal Chancellor Merkel and Paul Kirchhof, Vice-President of the Federal Constitutional Court, listening to President Komorowski's speech

Kanclerz Federalna Merkel oraz Wiceprezes Federalnego Trybunału Konstytucyjnego Kirchhof podczas wystąpienia Prezydenta Komorowskiego



Staatspräsident Komorowski am
Redepult

President Komorowski at the
rostrum

Prezydent Komorowski przy
mównicy

Die Stärkung der Einheit und der Solidarität der Europäischen Union sowie der weit verstandenen westlichen Gemeinschaft ist in Zeiten großer Unsicherheit eine schwierige Aufgabe. Die Herausforderung ist umso größer, da wir durch die Veränderung Europas und die Stärkung der transatlantischen Gemeinschaft gleichzeitig auch eine gemeinsame Antwort auf die geostrategischen Herausforderungen in unserer Umgebung finden müssen. Die von mir postulierte deutsch-polnische Verantwortungsgemeinschaft muss auch eine gemeinsame Antwort auf Gefahren in den Nachbarländern finden. Die Zeiten der Friedensdividende nach dem Ende des Kalten Krieges sind nun vorbei. Wir müssen jene Herausforderungen ernst nehmen, die immer öfter den Charakter einer militärischen Aggression aufweisen.

Wir haben nicht vergessen, dass als Antwort auf die im Westbalkan geführten Kriege unter anderem die mühsam entwickelte Idee einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die Gemeinsame Außenpolitik entstanden sind. Wir hofften damals, dass wir nach den Erfahrungen von Bosnien, nach den Erfahrungen des belagerten Sarajevo und den Verbrechen von Srebrenica, in der Lage sein würden, auf die nächste Krise, sobald sie gekommen sei, eine Antwort zu finden.

Jeder muss sich die Frage stellen, ob auf das, was wir in unserer unmittelbaren Nachbarschaft sehen, in der Ukraine, in Syrien, in Libyen oder im Irak, eine entsprechende Antwort gefunden wird, ob das, was wir sehen, nicht unseren Glauben in die eigenen Kräfte und nicht die Effizienz jener Institutionen, die wir mit so viel Mühe geschaffen haben, in Frage stellt? Wenn wir an den universellen Charakter unserer Werte glauben, müssen wir in uns die Entschlossenheit aufbringen, diese Werte auch zu verteidigen! Es gibt verschiedene Bewegungen und Ereignisse, die die Freiheit bedrohen; sie sind verschieden im Irak, in Syrien, Libyen, in der Ukraine oder in Russland. Aber eins ist ihnen allen jedoch gemeinsam: die Verachtung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten. Eine Verachtung von Menschen, die nach Freiheit und Solidarität streben, die ein demokratisches Volk sein möchten. Es ist kein Zufall, dass für islamische Fundamentalisten Wahllokale, in denen das Volk über die eigene Zukunft entscheiden kann, zur Zielscheibe werden. Es ist kein Zufall, dass die Ukrainer, die auf dem Kiewer Maidan verkündeten, sie seien der eigentliche Souverän im eigenen Staat, Wut bei einer benachbarten Großmacht auslösten, die sich später für eine europaweit beispiellose Aggression entschied.

Blick auf die Besuchertribüne mit internationalen Gästen

View of international guests in the visitors' gallery

Widok na galerię dla publiczności z międzynarodowymi gośćmi

Vor unseren Augen vollzieht sich die Wiedergeburt einer nationalistischen Ideologie, die unter dem Deckmantel humanitärer Sprüche über die Rettung der nationalen Minderheiten die Menschenrechte und das Völkerrecht verletzt. Wir kennen das allzu gut aus den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts. In diesem Kontext bekommen heute die Worte des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker einen besonders deutlichen Klang:

„Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart.“
Wir müssen auf die Gefahren für die Freiheit mit aller Stärke und mit einer klaren Sprache hinweisen. Wir müssen, denn Verständnis für angewandte Gewalt kann eine Niederlage für Europa bedeuten. Dies ist eine weitere Lehre aus der schwierigen deutsch-polnischen Geschichte, die wir gemeinsam Europa und der Welt wiederholt mitteilen sollten.

Ich glaube daran, und ich stehe hier an diesem Ort, der Zeuge vieler dramatischer Ereignisse war, ich stehe hier in einer Zeit voller Symbole und vieler europäischer Jahrestage und möchte meinen deutschen Nachbarn und Freunden sagen:

Nur eine mutige Politik, die auf dem Fundament von Werten aufbaut, deren Kern die menschliche Würde darstellt, verdient es, „Realpolitik“ genannt zu werden. Machen wir doch in Europa kluge, langfristige, aber auch wirksame Politik, also eine, die die Würde des Menschen verteidigt. Die Würde eines jeden menschlichen Individuums und aller Menschen!

Die Krise in der Ukraine hat schon lange nicht mehr die Dimension eines regionalen bilateralen Konflikts. Sie wurde zur Herausforderung für den ganzen Kontinent, für die gesamte westliche Welt. Durch den Angriff auf die Ukraine greift Russland die Fundamente einer demokratischen Gemeinschaft an, ihre Rechte und Werte, aber auch den fundamentalen Grundsatz der zivilisierten Welt:
das Prinzip der Achtung vor der Souveränität der Staaten. Die Ukraine tat nichts, was diese Aggression rechtfertigen würde.



Wir beobachten auch, dass bewusst vorgegangen wird, um die europäische Einheit zu zerstören oder zumindest zu blockieren, um die Europäer untereinander zu zerstreiten und die transatlantischen Beziehungen zu schwächen. Wenn wir weiterhin an die globale Rolle der Europäischen Union glauben, müssen wir ihre Funktionsfähigkeit in unserer unmittelbaren Nachbarschaft unter Beweis stellen. Noch vor einem Jahrzehnt glaubten wir, der Marsch der Freiheit, zu dem vor 25 Jahren Deutsche und Polen zusammen antraten, könne nicht mehr gestoppt werden. Ihm würden sich weitere Völker anschließen, die sich von der Vision eines Wohlstands in Demokratie und des europäischen Lebensstils angezogen fühlen. Diese Hoffnung geben wir nicht auf. Wir glauben weiter daran, dass unsere Autobahn der Freiheit immer länger sein wird und weit in den Osten Europas reicht. Wir sehen jedoch, dass sich der Weg dahin schwierig und weniger bequem gestaltet.

Russland als bewährten und voraussehbaren Partner zu haben, würde keinen mehr freuen als die Polen selbst. So wie Deutschland und die gesamte Europäische Union haben auch wir viel in die Annäherung an Russland investiert. Viel konnte die Polnisch-Russische Gruppe für schwierige Angelegenheiten erreichen, wir verbinden außerdem weiterhin viel Hoffnung mit den Dialog- und Versöhnungszentren, wo polnisch-russische Gespräche und Begegnungen stattfinden. Wir sollten nicht vergessen und wir sollten daran erinnern, wie viel Widerstand es gerade in Westeuropa noch vor wenigen Jahren gegen die Einführung des erweiterten kleinen Grenzverkehrs zwischen Polen und Russland gegeben hat. Heute sind wir über diese Entscheidungen froh, denn damit haben wir einen Bereich geschaffen, in dem wir die Einstellung zum Wissen über die Welt auch unserer russischen Nachbarn mitgestalten können. Auch wir würden gerne in Russland einen Freund des – im weitesten Sinne des Wortes verstandenen – Westens sehen. Deshalb stellt die aktuelle Politik Russlands für uns eine so tiefe Enttäuschung und auch eine vielschichtige Herausforderung dar.

Blick in den Plenarsaal

View of the plenary chamber

Widok na salę plenarną

Wir bedauern es sehr, dass sich die derzeitige Führung im Kreml für den Antiokzidentalismus als Legitimation für die eigene Machtausübung, als eine eigene Identität und geopolitische Orientierung entschied, dass sie den Weg der Dominanz und der Weiterentwicklung der eigenen Bedeutung nicht durch eine Modernisierung des Landes und durch die Zusammenarbeit mit dem Westen, sondern durch die Wiedererrichtung der alten Einflusszone, wenn auch in einem neuen Gewand, wählte, indem sie militärische Gewalt gegen die Nachbarn einsetzt. Der Krieg in Georgien vor sechs Jahren und der derzeitige Krieg in der Ukraine zeigen dies unglücklicherweise. Meiner Überzeugung nach ist das, was in der Ostukraine passiert, das Ergebnis der Angst der derzeitigen Kremlführung vor einem Erfolg der demokratischen Modernisierung, die wir alle sowohl der Ukraine als auch Russland wünschen. Ähnlich denken auch viele unserer russischen Freunde, und sie befürchten, dass die jetzige Politik des Kremls auch eine Gefahr für deren Rechte als Bürger und deren Freiheit darstellt. Wir müssen in russischsprachige Medien investieren, deren Sendebereich sich sowohl auf Europa wie auch über seine Grenzen hinaus erstreckt, um den Raum der Meinungsfreiheit auszuweiten und gegen Lügen vorzugehen. Dadurch bietet sich für uns vielleicht eine Chance, die auch gerade für unsere russischen Freunde der Demokratie, Freunde der Freiheit wichtig ist.

Die Entschlossenheit und die Opfer der Ukraine und der ukrainischen Bevölkerung, zu denen es unter den Fahnen der Europäischen Union während des letzten Winters auf dem Maidan kam, sowie das Leid, das ihnen im heutigen Krieg zugefügt wird, lassen uns nicht gleichgültig gegenüber dem Drama dieses europäischen Staates. Dies erfordert von der EU und dem gesamten Westen eine vielseitige Hilfe für die Ukrainer, die jetzt nicht mehr nur um das Recht auf die Umsetzung dieses oder jenes Handelsabkommens kämpfen, sondern vielmehr um das fundamentale Recht auf Selbstständigkeit und Unabhängigkeit und das Recht auf souveräne Entscheidungen. Die Ukrainer weichen trotz der Kriegsgefahr nicht vom Weg des Aufbaus demokratischer Institutionen ab. Lasst uns ihnen bei der Stärkung der Grundlagen ihrer Staatlichkeit helfen. Halten wir die Östliche Partnerschaft aufrecht. Schließlich haben wir nicht versagt, wir haben Europa nicht ins ukrainische Wilde Feld geführt, aber wir haben dazu beigetragen, dass wenigstens einige Länder dieser Region nach jenen Grundsätzen leben wollen, die auch die unseren sind. Das Beispiel der Freiheit ist ansteckend.



Sollten wir von dem Weg der Unterstützung bei der Modernisierung unserer osteuropäischen Nachbarn umkehren, werden wir – davon bin ich überzeugt – dem Chaos und unkontrollierten sozialen Ausbrüchen in unmittelbarer Nachbarschaft der EU und der NATO ausgeliefert sein.

Daher ist die Hilfe für die Ukraine und andere Länder der Östlichen Partnerschaft in jeder denkbaren Hinsicht erforderlich: angefangen von der humanitären Hilfe, der Unterstützung beim Wiederaufbau nach dem Krieg bis hin zur Vermittlung von Erfahrungen, wenn es um eine Reform der Kommunalverwaltung, um die Entwicklung von Klein- und mittelständischen Unternehmen, um Korruptionsbekämpfung oder auch um die Reform des Verteidigungs- und des Sicherheitssystems geht.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich stehe hier an einem Ort, wo das Herz der deutschen Demokratie schlägt, und kann meine tiefe Rührung kaum verbergen. Ich bin bewegt als Sohn eines Partisanen der polnischen Heimatarmee und Offiziers der polnischen Streitkräfte, der in seinem Marsch nach Berlin bis in die Lausitz gekommen ist. Ich stehe hier vor der höchsten Vertretung eines demokratischen Deutschlands und kann meinen – von Ihnen, Herr Bundestagspräsident, erwähnten – Onkel Bronisław, dessen Namen ich trage, nicht vergessen, einschließlich der gesamten Tradition und der gesamten guten und schmerzlichen Erfahrungen. Er ist tatsächlich auf deutschen Befehl im besetzten Vilnius im Kampf für ein freies Polen gefallen, als er 16 Jahre alt war. Aber auch aus einem anderen, mir wichtigen Grund kann und will ich nicht meine Rührung verbergen, denn ich wurde nach dem Krieg in Niederschlesien, bei Breslau, in eine Familie von polnischen Vertriebenen aus dem Gebiet des heutigen Litauens hineingeboren. Ich kam in einem Haus auf die Welt, das vorher irgendeine unbekannte deutsche Familie verlassen hatte. Diese Familie erlebte die Geschichte, deren tragisches Kapitel vor 75 Jahren, am 1. September 1939, begann. Ich kann den Schmerz wegen des erlittenen Leids und des Verlustes der Heimat gut verstehen.

Staatspräsident Komorowski erhält stehenden Applaus

President Komorowski receives a standing ovation

Prezydent Komorowski otrzymuje brawa na stojąco

Doch für mich ist der mitgefühlte Schmerz ein weiteres Argument für das Engagement zugunsten der deutsch-polnischen Versöhnung und der Zusammenarbeit. Für mich ist dies eine weitere Bestätigung dafür, welche Bedeutung das erlebte Wunder der deutsch-polnischen Versöhnung hat.

Dank der Versöhnung und der Zusammenarbeit, dank der gemeinsamen Mitwirkung beim europäischen Einigungs- und Integrationsprozess können wir heute eine deutsch-polnische Verantwortungsgemeinschaft aufbauen. Und wir tun dies. Wir tun dies aber nicht, indem wir die Vergangenheit vergessen, sondern durch kluges und verantwortungsvolles Gedenken dank gemeinsamer Anstrengungen. Ich bewundere die Fähigkeit des neuen Deutschlands, die Geschichte zu verstehen und sich mutig mit dem geschichtlichen Drama auseinanderzusetzen, dessen Quelle die Politik Nazideutschlands war. Ich möchte, dass wir gemeinsam Lehren aus dieser Vergangenheit ziehen. Die Herausforderungen von heute und die Erfahrungen von gestern fordern von uns das, was vor 75 Jahren fehlte. Eine demokratische Gemeinschaft braucht Visionen, Strategien und Entschlossenheit bei der Verteidigung der internationalen Ordnung, der Souveränität der Staaten und der bürgerlichen Freiheiten.

Europa mit seinen Reformen, die Nachbarschaft der Europäischen Union und deren Stabilität angesichts des voranschreitenden Krieges, die transatlantischen Beziehungen und die Sorge um die Bewahrung der besonderen Beziehungen zwischen Europa und Amerika sollen den Inhalt dieser Mission bilden. Noch nie so dringend wie heute benötigen wir eine deutsch-polnische Verantwortungsgemeinschaft, eine Gemeinschaft für Europa, die allen Staaten der Europäischen Union und unseres gesamten Kontinents offensteht. Ich möchte – und ich bin mir sicher, dass wir alle hier in diesem Saal es möchten –, dass wir anlässlich der nächsten Jahrestage des Kriegsausbruchs mit tiefer Überzeugung mehr sagen können, als es die Gründer der EU taten. Wir möchten alle sagen können:

„Europa ist nicht zustande gekommen, wir haben den Krieg gehabt. Doch dank Europa und dessen Institutionen haben wir keinen Krieg mehr auf dem gesamten freien Kontinent.“ Von uns hängt es ab, von unserem Glauben und unserem Tun, dass die Autobahn der Freiheit bald viel, viel länger sein wird und nicht nur bis Warschau und Berlin reicht. Und wir sollten froh und stolz sein, dass diese Freiheit in unserem besonderen Verantwortungsbereich heute das Fundament für die deutsch-polnischen Beziehungen ist.

Vielen Dank!

Anhaltender Beifall





Staatspräsident Komorowski
bedankt sich nach seiner Rede bei
Bundestagspräsident Lammert

President Komorowski thanking
Norbert Lammert, President of the
Bundestag, following his speech

Prezydent Komorowski dziękuje po
swoim wystąpieniu
Przewodniczącemu Bundestagu
Lammertowi



Blechbläser-Ensemble der
Universität der Künste Berlin

The brass ensemble from
Berlin University of the Arts

Zespół instrumentów dętych
Uniwersytetu Artystycznego w
Berlinie



Bronisław Komorowski, geb. 1952 in der Nähe von Breslau, studierte Geschichtswissenschaften an der Universität Warschau und engagierte sich schon als Jugendlicher in der Oppositionsbewegung gegen das kommunistische Regime. Er war aktives Mitglied der Solidarność und wurde als Regimegegner mehrfach verhaftet und teils monatelang interniert. 1991 wurde er Abgeordneter im polnischen Parlament, dem Sejm. Er war von 2000 bis 2001 Verteidigungsminister und von 2007 bis 2010 Marschall des Sejm. Seit dem 6. August 2010 ist er Präsident der Republik Polen.

Biografie



**Ceremony of Remembrance at the German Bundestag
Commemorating the 75th Anniversary of the Beginning
of the Second World War**

Berlin, 10 September 2014

Welcome statement by the
President of the German Bundestag,
Professor Norbert Lammert

Speech
H.E. the President of the Republic of Poland,
Bronisław Komorowski

Performance of the European anthem by:
Lukas Bach, trumpet
Jan Sebastian Melzer, trumpet
Moritz Schilling, trumpet
Mai Takeda, trumpet
Frithjof Zeltwanger, trumpet
Elsa Klemm, horn
Anton Richter, horn
Rocco Rescigno, trombone
Philipp Krüger, tuba

Order of proceedings



Beginning of the Ceremony of
Remembrance in the plenary
chamber

Die Gedenkstunde im Plenarsaal
beginnt

Rozpoczęcie uroczystości w sali
plenarnej

President Komorowski,
Federal President,
Distinguished representatives of all the
constitutional bodies,
Excellencies,
Colleagues,
Honoured guests,

When the great and unforgotten Polish Pope, John Paul II, visited reunified Germany in 1996, he came, of course, to Berlin. Not far from the Reichstag Building, he took a short walk through the reopened central arch of the Brandenburg Gate. It is said that as he did so, he remarked to his companions that the Second World War had finally come to an end. The Second World War, which began with the German invasion of Poland 75 years ago, lasted six years. However, its effects continued to be felt for decades in those of Europe's states and societies which had to endure its consequences. Its effects were felt in family histories and in the fates of countless people all over the world.

As a Pole, His Holiness was acutely aware of the enduring presence of the past. As a young man, Karel Wojtyła had suffered under the German occupation of Kraków. As a student, he experienced the arrest, by the German Security Police, of some 200 professors and academics from the city's renowned Jagiellonian University and their deportation to Sachsenhausen and Dachau concentration camps.

Professor Norbert Lammert,
President of the German Bundestag

He himself was ordered to perform forced labour under a harsh regime imposed by the Germans. Reflecting on the past, John Paul II later described freedom as something to be achieved through ongoing endeavour.

He asked:

“Where is the watershed between the generations who have not paid enough and the generations who paid too high a price? And what about us? Where do we stand?”

Ladies and gentlemen, Today, we remember the most devastating war in history – a war whose outbreak was deliberately orchestrated by Germany and which exacted far too high a price from so many generations. At the same time, we witness, every day, the shocking violence and human suffering inflicted by current conflicts – in Syria, in Iraq, in South Sudan, in the Middle East, in Ukraine. Even today, generations are paying a high price for freedom – without any certainty that they will achieve it at all. Where do we stand? This question arises anew for every generation. And it arises particularly for us Germans. Fellow Members, before the summer recess, we held a ceremony of remembrance to mark the outbreak and remind ourselves of the causes and the effects of the First World War one hundred years ago.

The years which followed the summer of 1914 have, with good reason, sometimes been described as a second Thirty Years War. Just 20 years after the end of the First World War, National Socialist Germany unleashed the second of the two world wars which devastated the European continent in the 20th century. The death toll is horrifying. The Second World War claimed more than 50 million lives worldwide and uprooted millions and millions of people through expulsion, deportation and displacement. At the end of the war, Europe lay in ruins, divided by an Iron Curtain into rival political and ideological blocs. But the greatest shadow is cast by unprecedented crimes against humanity. With the total defeat in 1945 – unlike 1918 – Germany had not only been conquered on the battlefield; it was also morally discredited.

By remembering Germany's guilt, we recognise and accept our own responsibility and the lessons we have learned from this part of our history. We are grateful for the opportunity afforded to our country to be accepted back into the community of nations. We are aware that this required a willingness for reconciliation from all those nations which suffered so grievously under German occupation and which fought on the side of the opponents of Hitler's Germany and endured great losses.



Norbert Lammert, President of the Bundestag, welcoming the guests

Bundestagspräsident Lammert begrüßt die Gäste

Przewodniczący Bundestagu Lammert witą gości

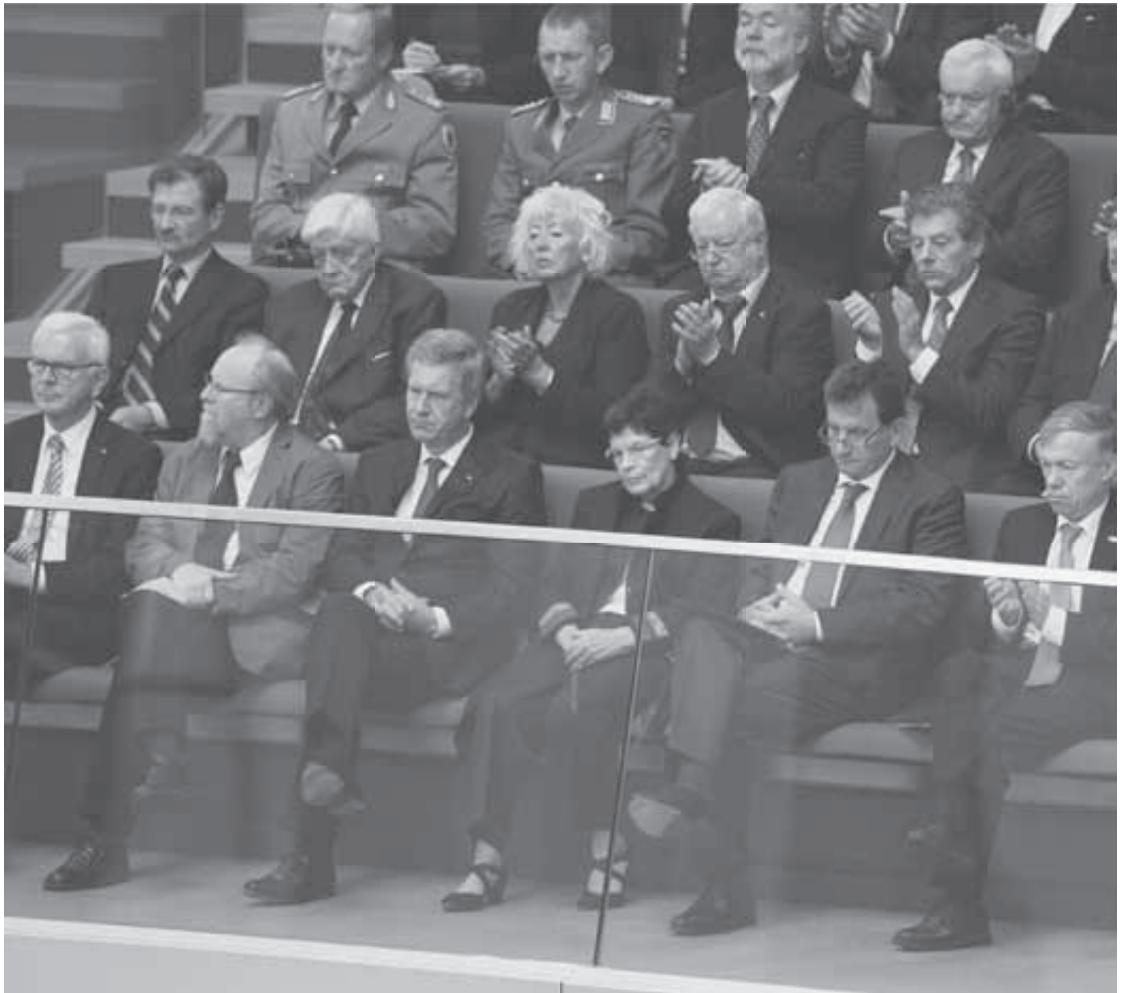
Mr President, your visit underlines the very special importance of our relations with our Polish neighbours in this context. Poland was the first victim of the Second World War; your compatriots suffered longer under German occupation than anyone else. It does indeed seem almost miraculous “that Poles and Germans should today be not only neighbours who get on all right but even friends who actually like each other”, as our Federal President rightly emphasised on the occasion of the 70th anniversary of the Warsaw Uprising. President Komorowski, on behalf of the German Bundestag, may I welcome you warmly and express my thanks to you for the special contribution that you personally have made, and for your willingness to address this House today.

Applause

May I also express my respect to you, Federal President, for saying the right thing, for saying what needed to be said, and for saying it in the right way, on the right occasion and in the right place, in Gdańsk last week.

Applause

Ladies and gentlemen, by the time Hitler appeared before the now powerless German Parliament shortly after 10 a.m. on 1 September 1939, not here, in the burned-out Reichstag Building, but in the nearby Kroll Opera House, Poland had already been under fire for hours. Shortly before sunrise, the *Schleswig-Holstein*, a training vessel which had sailed to Poland on the spurious pretext of a friendship visit and was anchored near Danzig, fired the first shots, bombarding the Polish garrison at Westerplatte. At the same time, the Luftwaffe bombed Wieluń, east of Breslau, now Wrocław, causing a large number of civilian casualties and razing the town to the ground. The German attack was preceded by a piece of diplomatic trickery: the German-Soviet Non-Aggression Pact, signed by Hitler and Stalin on 23 August 1939. In both its intentions and its effects, it was in fact an aggression pact between two diametrically opposed ideologies which, in a secret additional protocol, had agreed to carve Central and Eastern Europe from Finland, the Baltic states and Poland all the way to Romania into spheres of influence, doing so with imperial brutality. With the cynical explanation that it was necessary to restore peace and order in Poland and above all to protect the Ukrainians and Belarusians, the Red Army invaded eastern Poland on 17 September 1939.



In the distinguished visitors' gallery:

1st row, from left to right:

Hans-Gert Pöttering, former President of the European Parliament, Wolfgang Thierse, former President of the Bundestag, Christian Wulff, former Federal President, Rita Süssmuth, former President of the Bundestag, Jerzy Margański, Ambassador of the Republic of Poland, Rolf Nikel, German Ambassador to the Republic of Poland

2nd row, from left to right: former Vice-Presidents of the Bundestag Hermann Otto Solms, Burkhard Hirsch, Renate Schmidt, Rudolf Seiters, Eduard Oswald

Auf der Ehrentribüne:

1. Reihe v.l.n.r.: Präsident des Europäischen Parlaments a.D. Pöttering, Bundestagspräsident a.D. Thierse, Bundespräsident a.D. Wulff, Bundestagspräsidentin a.D. Süssmuth, Botschafter der Republik Polen Margański, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Republik Polen Nikel
2. Reihe v.l.n.r.: Bundestagsvize-präsidenten a.D. Solms, Hirsch, Schmidt, Seiters, Oswald

Na galerii honorowej:

1. rzad od lewej: były Przewodniczący Parlamentu Europejskiego Pöttering, były Przewodniczacy Bundestagu Thierse, były Prezydent Federalny Wulff, była Przewodnicząca Bundestagu Süssmuth, Ambasador Rzeczypospolitej Polskiej Margański, Ambasador Republiki Federalnej Niemiec w Polsce Nikel
2. rzad od lewej: byli Wiceprzewodniczący Bundestagu Solms, Hirsch, Schmidt, Seiters, Oswald

Deportations and mass executions followed, including the massacre of thousands of officers in Katyn in the spring of 1940. For Germany, the “campaign in Poland”, as German propaganda called it in an effort to downplay the reality, was in fact the prelude to a historically unprecedented racially motivated war which would soon turn its sights on the Soviet Union itself. Starting with the invasion of Poland, the German conquests in the East had all the hallmarks of a coldly calculated war of annihilation. In a clandestine conference with Wehrmacht commanders on 22 August 1939, Hitler made his concept of the forthcoming war clear and unequivocal. Various records of the meeting exist, with a variety of wordings, but the tenor is always the same:

it was about the “complete destruction of Poland” and persecution with the ultimate goal of “total annihilation”.

The main victims of the mass executions were members of the country’s social elite, public officials, mayors, judges, the clergy, the nobility, trade unionists, academics and artists, entrepreneurs, teachers, lawyers and doctors. The first of these massacres took place in the Kashubian forests as soon as war broke out. At the same time, Poland’s centuries-old Jewish tradition was eradicated with unprecedented cruelty. Most of the industrial-scale destruction of Europe’s Jews took place on Polish territory, with Jews being deported to Poland from all the countries under German occupation. In the words of the great Polish writer Andrzej Szczypiorski, Poland was turned into “civilization’s greatest burial ground”. As we reflect on these crimes committed by Germans, we remember all those who, in an utterly hopeless situation in Germany and its occupied neighbours, bravely resisted, paying for their courage with their lives. We remember those who died in the Warsaw Ghetto in 1943, for example, and in the Warsaw Uprising by the Polish Home Army in 1944. We remember the women and men who joined the White Rose resistance group and the 20 July plot.

View of the guests of honour and Members of the German Bundestag during the speech by Norbert Lammert, President of the Bundestag

Blick auf Ehrengäste und Abgeordnete des Deutschen Bundestages während der Rede von Bundestagspräsident Lammert

Goście honorowi i deputowani Niemieckiego Bundestagu podczas wystąpienia Przewodniczącego Bundestagu Lammerta

Ladies and gentlemen, Germans and Poles not only share a common border. Above all, they share a common history. Throughout this history, however, borders have played an inglorious role, especially after the emergence of Brandenburg-Prussia as a European power. Frederick the Great, the King of Prussia, was no friend of Poland's. He made no secret of his disdain for the Polish "republic of nobles", which had existed since the 16th century. He cold-bloodedly exploited the opportunity which presented itself in 1772 to expand his own territory by annexing Poland's. Deprived of its liberty, Poland became a pawn in the game being played out between Prussia, the Habsburgs and Russia, all of which sought to fulfil their power-political ambitions at their neighbour's expense.

The Poles' response to this humiliation prefigured Prussia's own actions after its later defeat at the hands of Napoleon: they introduced major reforms. In 1791, they adopted Europe's first written constitution – four months to the day before the adoption of a French constitution by the Assemblée nationale. Berlin and Saint Petersburg responded by launching punitive military campaigns against the Poles.

Partitioned for a second and third time in 1793 and 1795, the Polish state, which had existed for 800 years, was expunged from the map of Europe. Prussian territory, on the other hand, had doubled in size. "Where is the watershed between the generations who have not paid enough and the generations who paid too high a price?"

But the Poles clung to their ideal of national unity. Indeed, such was their perseverance that they set an example for liberals in Germany. "Without Poland's freedom, no German freedom; without Poland's freedom, no lasting peace" was the slogan of the Hambach Festival, the mass political rally in Germany in 1832, when the Polish white and red national flag flew alongside the black, red and gold flag of the German protesters. But the brotherhood which was proclaimed on the basis of this German desire for unity and Poland's desire for independence had only rhetorical significance.



During the 1848 revolution, nationalist sentiments came to the fore once more, also in St Paul's Church in Frankfurt, when the National Assembly incorporated a Prussian province known as the Grand Duchy of Posen into the German Confederation in the face of protests from the Poles. Anyone who might be tempted to complain about supposed "Polish sensitivities" in a present-day context clearly lacks an understanding of the trauma of a nation whose country disappeared from the map of Europe for decades and, indeed, for centuries. For many Central and Eastern European peoples, the end of the First World War culminated in the founding of their own nation-states. In 1918/1919, the Poles, too, were finally able to exercise their national right of self-determination within their own borders after more than 120 years of foreign rule. With the new peace order established by the Treaty of Versailles, under international law, Danzig became an autonomous city-state, a free city under the protection of the League of Nations. A corridor provided the new Polish state with access to the sea and, at the same time, separated East Prussia from the rest of Germany – a circumstance which Hitler used as a pretext to unleash the war in 1939 that had long been his ambition.

Ladies and gentlemen, Germans started the war in 1939, and lost it in 1945. But they were not the only ones who paid the price. The unconditional surrender that we Germans now recognise as the moment of our liberation did not, at first, bring liberty to the Poles. Poland's tragedy, in the 20th century, was also that victory over Hitler marked the start of grim decades in which the Poles – and, with them, all the other nations under Soviet rule – continued to be denied self-determination. After 1945, Poland's borders were redrawn. The Poles experienced a dramatic westward shift of their country, and for many millions of people, this meant the loss of the territory that they had once called home. As we also remember the suffering endured by Germans, most of them innocent of any personal blame but victims of political developments, we do so with no room for doubt about cause and effect. Hitler's boundless desire for destruction, which inflicted infinite and appalling suffering on peoples and nations from the Atlantic coast to the Caucasus, from the North Cape to North Africa, finally rebounded on his own people. Carpet bombing of German cities killed hundreds of thousands of civilians. Cityscapes which had evolved over centuries were destroyed. And millions of soldiers were detained as prisoners of war for years. Many of them never came home. Our country was divided for decades.

View of the plenary chamber at the start of the Ceremony of Remembrance

Blick in den Plenarsaal zu Beginn der Gedenkstunde

Widok na salę plenarną na początku uroczystości

Even today in Germany, grief for the loss endured sometimes obscures an understanding and insight into the fate of the Polish expellees. The family history of our guest of honour is a good example. He bears the name of his uncle, who was shot on German orders in Vilnius in 1943, at the age of 16, for being a member of the Polish underground. The Komorowski family can trace their roots back to present-day Lithuania. After the family was driven out by Soviet occupying forces, Bronisław Komorowski was born near Wrocław – in a house which had previously belonged to Germans. Mr President, it is for this reason that you say:

“A Europe in which each nation focused solely on the suffering of its own victims would be a savage continent. The past should oblige us to build a common future.”

And that only became possible with the great upheavals which – thanks in no small measure to Poland – changed the face of Europe in 1989.

Ladies and gentlemen, Nowhere embodies 20th century German-Polish history more than Gdańsk. Indeed, Gdańsk, as it is now known, has become a place of European remembrance. After the Treaty of Versailles, it became the portent of fresh conflict in Europe, and it was here that war broke out in 1939. Later, however, with Solidarność, the Solidarity movement, Gdańsk, once a free city, became a city of freedom and a focal point of the peaceful revolutions sweeping Central and Eastern Europe. Since 2009, a fragment of wall from the former Lenin Shipyard in Gdańsk can be seen on the eastern façade of the Reichstag Building, in remembrance of Poland’s great contributions to the freedom and unity of Germany and Europe. We unveiled it together, Mr Komorowski, during your term as the Marshal of the Sejm. It has a counterpart in Kreisau on the estate of the Moltke family, where a piece of the Berlin Wall reminds us of the events of 9 November 1989. Kreisau, which was at the heart of German resistance to Hitler, symbolises the new start in German-Polish relations after the end of the East-West conflict. On 12 November 1989, the German Chancellor, Helmut Kohl, and the Polish Prime Minister, Tadeusz Mazowiecki, attended a mass in Kreisau as a symbol of reconciliation between our two nations, after the German Chancellor had interrupted his state visit to Poland due to the fall of the Berlin Wall.



The walls in Gdańsk and Berlin were broken down by people who believed in civil rights and in civil society engagement. Mr President, you have described these two fragments of the Berlin Wall and the Gdańsk Shipyard as symbols of integration, dialogue and understanding. The reconciliation between our two nations, with their centuries of history and painful territorial shifts, is evidence that peace is only possible in Europe if countries' territorial integrity is no longer called into question. It is an insight which was long in the making in Germany, also in the context of reunification and the debate about the German-Polish border. And this insight in today's Europe is more relevant than ever. It is precisely for that reason that the election of a Polish Prime Minister as President of the European Council sends out a strong signal and is a symbol of the European Union's understanding of its role.

Applause

Ladies and gentlemen, "Where is the watershed between the generations who have not paid enough and the generations who paid too high a price? And what about us? Where do we stand?" For us Germans, 1 September 1939 and its effects are, and will remain, part of our history, which is not just part of the past. It shames us and it strengthens our determination and our commitment, enshrined in our constitution, "to promote world peace as an equal partner in a united Europe", together with all our neighbours and partners.

The cooperation between Poles and Germans in this endeavour – as neighbours, as partners and as friends – is an encouraging example of how we can learn from history if we have understood its lessons.

Your presence in the German Bundestag today, Mr President, bears eloquent witness to that. We are looking forward to hearing your speech.

Applause



View of Members of the German
Bundestag

Blick auf Abgeordnete des
Deutschen Bundestages

Deputowani Niemieckiego
Bundestagu

Federal President,
President of the German Bundestag,
Madam Chancellor,
Distinguished Members of the House,
Ladies and gentlemen,

Being here today, as the President of a free and democratic Poland, to address the German Bundestag at the heart of German democracy is a profoundly emotional experience for me. Being able to speak here, at the heart of a German state which cultivates such close bonds of friendship with Poland, on the 75th anniversary of the start of the Second World War, evokes not only profound emotion but also a sense of the good fortune that accompanies the generation, my generation, whose parents not only survived the nightmare of war but lived in an atmosphere of mutual hostility between Poles and Germans. For me, this moment is a reason to be proud of our generation's achievements on the road to reconciliation and towards a renewed sense of closeness and capability to cooperate.

Bronisław Komorowski,
President of the Republic of Poland

Today, we remember – as we always should – that 75 years ago, in September 1939, shots from the battleship *Schleswig-Holstein* on Westerplatte peninsula in Gdańsk and the air raid warnings which sounded throughout Poland were the portents of impending catastrophe, not only for my country but for all of Europe. They marked the start of the horrors of the Second World War. And as we remember that first day of September, we should never forget 17 September, when Poland was invaded by Soviet troops allied with Hitler's Germany. The war inflicted cruel and brutal death on tens of millions of victims and a grim fate for hundreds of millions of innocent people. The horrors of that time – the organised terror and the systematic mass murder of those whom a demented ideology regarded as sub-human – endure in our European memory to this day. That time, of which the Holocaust and the deliberate annihilation of the elites of the conquered nations have become the symbol, is still present in our memories. Almost every Polish family, including my own, experienced not only heroic combat but also the horror of round-ups, enslavement in camps, the brutality of resettlement, and mass executions.

We should also remember that the misery and suffering finally befell not only the victims of the aggression but everyone, including the populations of the aggressor countries themselves.

So it is with even greater admiration that we should remember those who devoted their lives to German-Polish reconciliation: the Polish bishops who, in 1965, wrote the famous letter to the German bishops proposing mutual forgiveness in response to the discussion under way among Germans Christians at that time; the members of Aktion Sühnezeichen Friedensdienste / Action Reconciliation – Service for Peace, and the politicians – Willy Brandt, Helmut Kohl, Tadeusz Mazowiecki, and also Władysław Bartoszewski, a former prisoner in Auschwitz and later a member of Żegota, a Polish underground organisation and part of the Polish Government in Exile which came to the aid of Jews facing annihilation. Later, during the Stalinist period, he spent many years in prison and I am always very proud to say that he and I were fellow internees while Poland was under martial law.



President Komorowski addressing the guests

Staatspräsident Komorowski spricht zu den Gästen der Gedenkveranstaltung

Prezydent Komorowski przemawia do uczestników uroczystości

It was Władysław Bartoszewski who, addressing this House, spoke about matters of such importance that they should never be forgotten. Nineteen years ago, he said:

“[Polish-German] relations have now acquired a European dimension. The future of a united, once divided Europe will largely depend on our neighbourly relations. Cooperation between our two countries in a united Europe,” he said, “is today one of the principal reasons for, and goals of, our bilateral relations.”

Full reconciliation – achieved when we regained our freedom, thanks to the struggle of *Solidarność*, the Polish Solidarity movement – was the culmination of many years of endeavour to make a fresh start in Polish-German relations, which ushered in a new and positive era in Poland’s and Germany’s shared destiny, starting with the upheavals of 1989.

This was a truly remarkable time – a time when Tadeusz Mazowiecki was already Prime Minister of a Poland that was striving for freedom, and the first non-communist head of government in our region of Europe. It was a time when cracks were already appearing in the Berlin Wall that divided the German people and divided Europe as well. I can still remember those days in late August 1989 when refugees from East Germany began streaming into Poland.

Back then, we did not share a border with any Western country, but the East Germans rightly expected that the changes under way in Poland would offer them the hope of freedom and a chance to reach the Federal Republic. For us Poles, organising their transit to West Germany was an important experience. It was a signal that the fatalism which characterised Polish-German relations could be overcome and that in freedom, Poles and Germans could reach an understanding and work together. In a Poland in which the spirit of Solidarity prevailed, we felt great sympathy for all those courageous people in East Germany who were willing to take the risk and to demonstrate and demand respect for civil rights. “*Wir sind das Volk*” – “We are the people”: their slogan was a call for the state to recognise them as sovereign and independent citizens.



The West Portal of the Reichstag Building, with a ceremonial flag display to mark the Ceremony of Remembrance

Das westliche Eingangsportal des Reichstagsgebäudes mit festlicher Beflaggung anlässlich der Gedenkstunde

Portal zachodni budynku Reichstagu w uroczystym oflagowaniu

Roland Jahn, then a young activist and now the Federal Commissioner for the Files of the State Security Service of the former German Democratic Republic, recalled years later that during the autumn of the *Wende*, the GDR's peaceful revolution, in 1989, "Solidarity marched with us along the Leipzig Ring." In Poland, the prayers and protests that centred on Leipzig's Nikolaikirche filled us with hope. We knew that the enduring success of freedom could be only safeguarded if we worked together. And together with the people at the Nikolaikirche, we prayed for freedom, for our common cause. This was not only a victory for diplomacy or political alliances. What really transformed Europe was the will of the people – the will of the people thirsting for freedom. Our nations have not wasted that historic opportunity. The past 25 years tell an almost incredible story of Poles and Germans working together to build a united Europe. It is an unprecedented story of reconciliation – one which remembers the millions of graves, the ashes rising from crematorium chimneys, the ruins of insurgent Warsaw, and also the ruins of Berlin. It embodies the glorious tradition of 1989 and builds, and will continue to build, new hope for Europe and the world.

And today, mindful of this cruel, bitter and sometimes glorious history of the Central and Eastern European nations in the 20th century, I stand before you, ladies and gentlemen, a witness to the miracle of reconciliation, to an extraordinary reality in which the young generation of Germans and Poles – perhaps for the first time in two centuries – can now study and work together and build a common future for the nations in a united Europe. I am delighted that together, we wish to mark this truly Copernican Revolution in the history of German-Polish relations, symbolised by the fragment of wall from the former Gdańsk Shipyard on the façade of the Reichstag Building, but also by the concept of the Freedom Motorway which will soon connect Warsaw and Berlin, not only physically but also symbolically. I wish to express my heartfelt thanks for these gestures, shown not only to *Solidarność* but to all those who dreamed of German-Polish reconciliation and cooperation. May I voice my particular thanks to my friends – the Federal President, Joachim Gauck, and Bundestag President Norbert Lammert. Thank you to all free Germans!

View from the visitors' gallery

Blick von der Besuchertribüne

Widok z galerii dla publiczności

Ladies and gentlemen, this year, it is not only the 75th anniversary of the start of the Second World War; we also remember the start of the First World War one hundred years ago. Just one generation separated the two wars. What is remarkable, however, is that the two generations of Europeans so painfully affected by the wars learned very different lessons from these cataclysmic events. After the First World War, the countries of Europe proceeded to bolster their national self-interest and endeavoured to revise the outcomes of the war, engaging in revanchism for losses suffered. This was a fertile breeding ground for left-wing and right-wing radicalism and the emergence of authoritarian and totalitarian systems.

It took the tragedy of the Second World War for Europe to turn back towards all that unites, not divides, the European nations, towards integration, the strengthening of the free market and democracy, and towards security based on prosperity and cooperation with neighbours.

The success of European integration was rooted in culture, in a similar understanding of humanity's role in the world, for it is personalism which lies at the heart of European culture. This philosophical principle can be derived from Christianity, which created the concept of the individual who regards him- or herself as a person. But it can also be traced back to the tradition of the Enlightenment, when it was precisely described by Immanuel Kant. What unites Europeans is the belief in the inalienable dignity of every human being. This means that all education and law, economic life and public institutions must be developed in accordance with this belief. Centred around this core of personalism, our task today is to build the broadest possible "anthropological coalition" with global reach, based on the primacy of the individual. This is the fundamental message that must be sent out by Europe and for Europe today. It is this concept of the individual as a person, as a rational, free and social being endowed with infinite dignity, which we should defend. We are aware, and history provides the evidence for this, that whenever human dignity is under threat, compromise ceases to have any intrinsic value of its own.





View of the plenary chamber

Blick in den Plenarsaal

Widok na salę plenarną



Cameras in the press gallery
recording the event

Kameras auf der Pressetribüne
nehmen die Veranstaltung auf

Kamery nagrywają uroczystość z
galerii prasowej

I have deliberately used the word “value” here, for in keeping with the primacy of culture over the economy and politics, this is one of the dimensions of the Polish experience which is universal. By its very nature, the Solidarity movement was an ethical phenomenon. The “power of the powerless” stemmed from the faith in fundamental values, in human dignity. This was what made Solidarity so effective and ultimately led to the peaceful collapse of the most brutal empire in world history. Germany has had a similar experience. The resounding social and economic success achieved by Germany, a country which lay in ruins at the end of the Second World War, was accompanied by a debate about fundamental values and the ethical foundations of Germany’s new-found statehood. And it is this debate that Europe urgently needs today. European unity can only be deep and effective if it is built on shared values.

Ladies and gentlemen, “A united Europe was not achieved and we had war” – these words were written by the founding fathers of the European Communities. Recognising this, and with determination and persistence, they proceeded to build European institutions in an effort to deepen and widen the area of integration. They knew very well that only a united Europe could become a Europe without wars. Over the following decades, the foundations of peace – respect for human and civil rights, democracy and the rule of law, and respect for minority rights – became Europe’s hallmark. It includes the ability to work creatively for compromises – something that we should still be willing to do today, so that we are able to respond to all the challenges facing us. For Europe, combining the state’s concern for the development of all its citizens with a well-performing economy is of key importance. Only a Europe that has a vibrant entrepreneurial spirit, supports small and medium enterprises throughout the community, and creates a climate that is conducive to industry will be able to compete successfully in the global market.

President Komorowski addressing
the guests in the plenary chamber

Staatspräsident Komorowski spricht
zu den Gästen im Plenarsaal

Prezydent Komorowski przemawia
do uczestników uroczystości w sali
plenarnej

Today, we need to build creatively on the concept of a free and social market economy, which demonstrates how to combine subsidiarity with solidarity while balancing the interests of the individual with the common good. Poland's experience with this transition highlights the importance of bold reforms and sound regulations but it also makes it clear that systemic change must harness people's energy and their creative abilities.

The next task is to build the capacities of the euro-zone so that it is more resilient to shocks. The lessons learned from the most recent crisis and the ongoing reforms in the euro-zone should encourage other countries, including Poland, to adopt the euro as the common currency in the not too distant future, in accordance with the commitments made on joining the European Union.

However, it must be borne in mind that the euro-zone will only exert a genuine appeal to others if there is a greater sense of security and solidarity among all its members. The effort of demanding reforms and responsibility from all the countries within the euro-zone will then pay off.

The problem of security arises with fresh urgency today, and encompasses energy security, the protection of citizens against acts of terror, protection of the territorial integrity of the countries close to us, and the need to reinforce our own defensive readiness in the face of a threat not only to NATO's eastern flank but to our own continent and, indeed, the world, resulting from a relapse into the use of force and military aggression here, in our neighbourhood, here in Europe.

Speaking about these challenges in the year in which we celebrate the 10th anniversary of the EU's eastern enlargement, I reflect on our future. It is these two neighbours – Germany, the largest country in the "old" European Union, and Poland, the largest country in the "new" EU – that should now be an example to others, showing not only how to overcome a difficult past but also how to build a secure Europe for the coming generations and the future.



Our countries should make it their task to bury the old East-West division of our continent and prevent any new division from emerging. Like Federal President Joachim Gauck, I too am convinced that:

“Only together can we succeed in building the democratic and peaceful Europe of the future. And only together can we defend it.” We need a German-Polish community of shared responsibility for the future of Europe.

In order to be able to build this shared future effectively, we must also be aware of what we should not do, so that we avoid the pitfalls of superficial integration, for example, which amounts to little more than a façade. Today, it takes courage to say that despite the countless noble aspirations and projects, it will not be easy to move forward swiftly. Ill-considered attempts to take further steps toward integration without strengthening the foundations may prove counterproductive and are more likely to weaken the EU and cause its disintegration than strengthen and support it.

Top-down attempts to achieve a more homogeneous Europe – contrary to the fundamental principle of “unity in diversity”, which is applied all too rarely – will not be conducive to Europe’s cohesion. The same applies to bureaucratic regulations in further areas of the economy and society if this hampers Europe’s dynamic development, which is nurtured by natural and creative energy in these two spheres. Subsidiarity, one of the fundamental principles of Community law, is, in practice, all too often ignored.

We want deeper integration. And because this is what we want, the new European leadership faces a momentous task: it must preserve the Union’s cohesion despite being confronted with emerging and unavoidable differences in specific areas of integration. This responsibility lies primarily with the largest Member States, which in recent years have sometimes shown an inclination to act unilaterally without due consideration for the interests of the EU as a whole. Let us not forget that these centrifugal forces can be mutually reinforcing and can often spark reactions that can weaken the EU as a whole.



View of the plenary chamber during
President Komorowski's speech

Blick in den Plenarsaal während
der Rede von Staatspräsident
Komorowski

Widok na salę plenarną podczas
wystąpienia Prezydenta
Komorowskiego

Ladies and gentlemen, at a time when we, the people of the free world, face many fundamental challenges, German-Polish responsibility does not end at the European Union's borders.

Germany, Poland and every other country have a shared responsibility for transatlantic relations and the North Atlantic Alliance,

which played and continues to play an important stabilising role in the entire international – indeed, the global – order. This is why, despite the differences of opinion that sometimes arise, we should be tireless in our efforts to rebuild the trust in the transatlantic relationship which, as we know, has sometimes been shaken or called into question. This is an immense undertaking for governments and civil society institutions on both sides of the Atlantic.

This stabilising role played by the Alliance is based on a solid foundation, namely the Washington Treaty and the willingness to come to each other's aid should the need arise. We pledged that Parties, "separately and jointly, by means of continuous and effective self-help and mutual aid, will maintain and develop their individual and collective capacity to resist armed attack."

These commitments are the starting point for our debate about Europe's security and transatlantic links, so it is important that these commitments were reaffirmed at the recent NATO Summit in Wales. I believe there will be no lack of rigour in our implementation of the Summit's decisions and that we will not allow our hands to be tied by agreements with third parties who do not honour their commitments. The good news is that in response to the war in Ukraine, there are now plans to reinforce NATO's eastern flank through the permanent presence of Alliance troops and the expansion of the logistics infrastructure in border countries and, among other things, to increase the readiness of the rapid reaction force and widen the role of the Multinational Corps Northeast in Szczecin with Polish, German and Danish troops at its core.

President Komorowski at the rostrum, with Norbert Lammert, President of the Bundestag, in the background

Staatspräsident Komorowski am Redepult, dahinter Bundestags-präsident Lammert

Prezydent Komorowski przy mównicy, za nim Przewodniczący Bundestagu Lammert

We have not forgotten that the success of post-war Western Europe and, indeed, of Germany itself was due in no small measure to the cooperation with the United States and the protective shield provided by NATO. It was NATO which created the security space that was essential for development, and does so to this day. Now, at a time when we are again facing security challenges, NATO must remain an effective military alliance so that we are able to take decisions without fear of threats from others. There is no conflict between deterrence and cooperation. On the contrary, deterrence does not conflict with, but is an essential complement to, cooperation and dialogue. There are forces in the world which, as soon as they detect military weakness or indecision among their partners, find it expedient to disregard the commitments they have made.

The relations with North America should not be confined solely to security issues, however. The Transatlantic Trade and Investment Partnership is intended to implement a plan which was born in the Alliance's very early days out of a conviction that a common economic area would enhance the capacities of the transatlantic community. It has been long in the making, however, and we recognise that this speaks volumes about how difficult it is for all the parties concerned and that it entails certain risks. But the Transatlantic Trade and Investment Partnership is not simply a trade agreement: it is the element that is missing from the transatlantic security community, and it is a project with a civilisational dimension. If we want to preserve the vibrancy of this community, we must invest in making this project a success. As the world's centre of gravity increasingly shifts towards Asia, surely we want to create more stability for the Western world. Maintaining the political, military, economic and social dimensions of the transatlantic relationship is, in my view, a positive investment in a prosperous future – our shared future!



Strengthening the unity and solidarity of the European Union and of the Western community, understood in a broad sense, is a difficult task in times of great uncertainty. The challenge is all the greater, for while changing Europe and strengthening the transatlantic community we must, in parallel, find a common answer to geostrategic challenges in our neighbourhood. The German-Polish community of shared responsibility that I propose must also devise a shared response to the threats arising in neighbouring countries. The days of the peace dividend after the Cold War are over. These challenges, which increasingly involve a threat of military aggression, must be taken seriously. We have not forgotten that it was in response to the wars in the Western Balkans that the Common Security and Defence Policy and the Common Foreign Policy laboriously took shape. At the time, we hoped that after the Bosnian experience, after the experience of besieged Sarajevo and the atrocities at Srebrenica, we would be able to respond swiftly when the next crisis occurred.

The question we must all ask ourselves is whether an appropriate response is being found to what we are witnessing in our direct neighbourhood – in Ukraine, in Syria, in Libya and in Iraq – or whether, in fact, what we see happening challenges our faith in our own endeavours and the effectiveness of the very institutions which cost us so much effort to create. If we believe in the universality of our values, we must find within ourselves the determination to defend them.

There are various movements and events which pose a threat to freedom. They take different forms – in Iraq, in Syria, in Libya, in Ukraine and in Russia. But they all have one common denominator:

contempt for human rights, the rule of law and civil liberties, and contempt for people who strive for freedom and solidarity in a desire to become a democratic nation. It is no coincidence that Islamist fundamentalists target polling stations, where a nation can decide its own future. It is no coincidence that when the Ukrainians who had gathered in the Maidan in Kiev proclaimed that they were the sovereigns in their own state, they unleashed the fury of a neighbouring power, which opted for an unprecedented war, for aggression in Europe.

From left to right: view of the representatives of the Federal Government, President Komorowski, and Norbert Lammert, President of the Bundestag

Blick auf die Vertreter der Bundesregierung, Staatspräsident Komorowski und Bundestagspräsident Lammert (v. l. n. r.)

Przedstawiciele Rządu Federalnego, Prezydent Komorowski i Przewodniczący Bundestagu Lammert (od lewej)

We are witnessing the resurgence of a nationalist ideology which, cloaked in humanitarian sentiment about defending national minorities, violates human rights and international law. This scenario is all too familiar from the 1930s. In this context, the words of President Richard von Weizsäcker – “Anyone who closes their eyes to the past is blind to the present” – resonate with particular clarity. We must draw attention, clearly and unequivocally, to the threats to freedom. We have a duty to do so, for any expression of understanding for the violence perpetrated may condemn Europe to defeat. This is yet another lesson to be learned from our difficult German-Polish history – and it is a lesson which, together, we should constantly reiterate to Europe and the world.

It is a lesson which I have taken to heart, and as I stand here, in a place which has witnessed so many dramatic events, as I stand here, at a time so replete with symbols and with so many significant European anniversaries, I have a message for my German neighbours and friends, and it is this:

only a courageous politics built on values and centred on human dignity is worthy of the name *realpolitik*. So let us build well-crafted, far-sighted and effective policies in Europe that defend human dignity – the dignity of every individual and every nation.

The crisis in Ukraine ceased to be a bilateral regional conflict long ago. It has become a challenge for the entire continent – for the entire Western world. With its attack on Ukraine, Russia has launched an assault on the foundations of a democratic society, its rights and its values, including the most fundamental principle of a civilized world: respect for state sovereignty. Ukraine has done nothing to justify this aggression.



We have also seen action deliberately being taken to destroy or at least to block European unity, to set Europeans against each other, and to weaken transatlantic bonds. If we continue to believe that the European Union has a global role, we must prove its capacity to act in our immediate neighbourhood. Even a decade ago, we still believed that the onward march of freedom which Poles and Germans jointly embarked upon 25 years ago would be unstoppable, that new nations would join in, attracted by the prospect of democracy, prosperity and the European way of life. We will not abandon that hope. We still believe that our Freedom Motorway will extend farther and farther, reaching deep into Eastern Europe. But we now see that achieving this goal will be a difficult and less straightforward process.

No one would be happier than the Poles to have Russia as a trusted and predictable partner. Like Germany and the European Union as a whole, we have invested a great deal in the rapprochement with Russia. Much has been achieved by the Russian-Polish Group on Difficult Issues, and we continue to place much hope on the Centres of Dialogue and Reconciliation, where Polish-Russian talks and meetings take place. Let us not forget how much opposition there was in Western Europe, only a few years ago, to the introduction of measures to facilitate local border traffic between Poland and Russia. Today, we are pleased that we took those decisions, since this is one of the areas where we can help to influence attitudes and knowledge of the world among our Russian neighbours. We too would like to see Russia as a friend of the West, by which I mean the West in the broadest sense. That's why Russia's current policies are such a profound disappointment to us, as well as posing complex challenges.

View of the plenary chamber from the press gallery

Blick in den Plenarsaal von der Pressetribüne

Widok na salę plenarną z galerii prasowej

We deplore the fact that the current leadership in the Kremlin has opted for anti-Westernism in order to legitimise its exercise of power, its identity and its geopolitical direction, and that it has opted for dominance, reasserting its significance not by modernising the country and cooperating with the West but by re-establishing the old sphere of influence, albeit in a new guise, and using the force of arms against its neighbours. The war with Georgia six years ago and the current war in Ukraine bear tragic witness to this trend.

In my view, what is happening in Eastern Ukraine has been brought about by the anxiety felt by the current leaders in the Kremlin, who fear the success of the democratic modernisation that we all wish for in Ukraine and, indeed, Russia. Many of our Russian friends take a similar view:

they fear that Kremlin's current policies pose a threat to their civil rights and liberties. We need to invest in Russian-language media that broadcast both in Europe and beyond, in order to expand the area of free expression and to counter untruths. There may be an opportunity for us here, and that is important for our Russian friends of democracy, friends of freedom.

The determination shown by Ukraine and its people, some of whom paid with their lives in the Maidan last winter while holding aloft the flag of the European Union, and the suffering inflicted upon them in the current war mean that we cannot remain indifferent in the face of the tragedy unfolding in this European country. The EU and the West as a whole must provide comprehensive support to the Ukrainians, who are no longer fighting merely for the right to implement one trade agreement or another but for their fundamental right to independence and self-determination, their right to make their own decisions. Even when faced with the threat of war, the Ukrainians are not abandoning the path towards democratic institution-building. Let us support their endeavours to strengthen the foundations of their statehood. Let us uphold the Eastern Partnership. We have not failed; we have not led Europe astray with Ukraine. We have helped to ensure that at least some of the countries in that region now wish to live by the principles that we also espouse. The example of freedom is contagious.



If we divert from the road we have taken, namely supporting the modernisation of our Eastern European neighbours, we will, I am convinced, face chaos and social upheavals in the EU's and NATO's immediate neighbourhood that would be impossible to control. That's why it is essential to provide assistance to Ukraine and other Eastern Partnership countries in every possible way: from humanitarian aid and assistance with post-conflict recovery to sharing experience with local government reform, developing small and medium-sized enterprises, combating corruption, and defence and security reform.

Ladies and gentlemen, standing here, at the beating heart of German democracy, I can barely conceal my emotions. As the son of a Home Army partisan and Polish Army officer who reached Lausitz on the march to Berlin, this is a profoundly moving moment for me. Standing here before the highest representatives of democratic Germany, I remember my uncle, Bronisław, whom the President of the German Bundestag has already mentioned and for whom I was named, and I think of all the history and experiences, good and bad. My uncle was killed on German orders in occupied Vilnius while fighting for a free Poland. He was just 16 years old. But there is another reason, important to me, why I cannot and will not conceal my emotion: I was born soon after the war near Wrocław in Lower Silesia, to a Polish family expelled from what is now Lithuania. But the house where I was born had been abandoned by an unknown German family. That family lived through the history whose tragic first chapter opened 75 years ago, on 1 September 1939. So I can well understand the grief caused by suffering and the loss of one's home.

Federal Chancellor Merkel and Paul Kirchhof, Vice-President of the Federal Constitutional Court, listening to President Komorowski's speech

Bundeskanzlerin Merkel und der stellvertretende Bundesverfassungsgerichtspräsident Kirchhof hören der Rede von Staatspräsident Komorowski zu

Kanclerz Federalna Merkel oraz Wiceprezes Federalnego Trybunału Konstytucyjnego Kirchhof podczas wystąpienia Prezydenta Komorowskiego

For me, this shared grief is another reason for a strong commitment to German-Polish reconciliation and cooperation. For me, it is further affirmation of the importance of the miracle of German-Polish reconciliation.

Thanks to reconciliation and cooperation, thanks to our joint participation in the European unification and integration process, we can now develop a German-Polish community of shared responsibility. And this is what we are doing through our shared endeavours – not by forgetting but by remembering the past in a wise and responsible manner. I admire the ability of the new Germany to deal with its history and to face up courageously to the tragedy of the past, which was the outcome of the politics of Nazi Germany. I would like us, together, to learn lessons from that past. Today's challenges and yesterday's experiences make it incumbent on us to make good that which was lacking 75 years ago. A democratic community needs visions, strategies and determination if it is to defend the international order, state sovereignty, and civil liberties.

Europe and its reforms, the European Union's neighbourhood and its stability in the face of continuing war, transatlantic links and the desire to maintain the special relationship between Europe and America must be at the heart of this mission. Today, we need a German-Polish community of shared responsibility more than ever before – a community for Europe, open to all the countries of the European Union and our entire continent. It is my great hope – one which I am sure is shared by everyone here in this House – that when the time comes to mark the next anniversaries of the outbreak of war, we will be able to make a more positive statement than the EU's founding fathers were able to do. We would all like to be able to say, with profound conviction: "A united Europe was not achieved and we had war. But thanks to Europe and its institutions, we have no more wars on our free continent." Will the Freedom Motorway be longer in future, extending far beyond Warsaw and Berlin? That will depend on us, on our good faith and our actions. And we should be proud and happy that this freedom, which is our responsibility, is now the foundation of German-Polish relations.

Thank you.

Prolonged applause





The guests stand for the European anthem, played by the brass ensemble from Berlin University of the Arts

Zur Europahymne, gespielt vom Blechbläser-Ensemble der Universität der Künste Berlin, erheben sich die Gäste der Gedenkstunde

Do hymnu Europy w wykonaniu zespołu instrumentów dętych Uniwersytetu Artystycznego w Berlinie uczestnicy uroczystości powstają



Federal Chancellor Merkel thanking President Komorowski for his speech; in the background: Federal President Gauck; in the foreground: Paul Kirchhof, Vice-President of the Federal Constitutional Court

Bundeskanzlerin Merkel bedankt sich bei Staatspräsident Komorowski für die Gedenkrede; dahinter: Bundespräsident Gauck; vorne: der stellvertretende Bundesverfassungsgerichtspräsident Kirchhof

Kanclerz Federalna Merkel dziękuje Prezydentowi Komorowskemu za wystąpienie; za nimi Prezydent Federalny Gauck; z przodu Wiceprezes Federalnego Trybunału Konstytucyjnego Kirchhof



Deutscher Bundestag

Bronisław Komorowski, born near Wrocław in 1952, studied history at the University of Warsaw and became involved in the opposition movement against the Communist regime at a young age. He was an active member of Solidarność, the Solidarity movement, and as an opponent of the regime he was arrested on multiple occasions and in some cases interned for months. In 1991 he became a member of the Polish parliament, the Sejm. He held the post of Minister of National Defence from 2000 to 2001, and Marshal (Speaker) of the Sejm from 2007 to 2010. He has served as President of the Republic of Poland since 6 August 2010.

Biography



**Uroczystość Niemieckiego Bundestagu z okazji
75 rocznicy wybuchu II wojny światowej
Berlin, 10 września 2014 r.**

Przemówienie powitalne Przewodniczącego Niemieckiego Bundestagu prof. dr. Norberta Lammerta

Wystąpienie J.E. Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej Bronisława Komorowskiego

Hymn Europy grają:
Lukas Bach, trąbka
Jan Sebastian Melzer, trąbka
Moritz Schilling, trąbka
Mai Takeda, trąbka
Frithjof Zeltwanger, trąbka
Elsa Klemm, waltonia
Anton Richter, waltonia
Rocco Rescigno, puzon
Philipp Krüger, tuba

Program uroczystości



Prezydent Bronisław Komorowski,
Przewodniczący Bundestagu
Norbert Lammert, Kanclerz
Federalny Angela Merkel,
Przewodniczący Rady Federalnej
Stephan Weil udają się na swoje
miejscia

Staatspräsident Bronisław
Komorowski, Bundestagspräsident
Norbert Lammert, Bundeskanzlerin
Angela Merkel, Bundespräsident
Joachim Gauck, Bundesratspräsident
Stephan Weil auf dem Weg zu ihren
Plätzen

Walking to their seats: President
Bronisław Komorowski, Norbert
Lammert, President of the
Bundestag, Federal Chancellor
Angela Merkel, Federal President
Joachim Gauck, and Stephan Weil,
President of the Bundesrat

Szanowny Panie Prezydencie!
Panie Prezydencie Federalny!
Szanowni Przedstawiciele wszystkich
organów konstytucyjnych!
Ekscelencje!
Drogie Koleżanki i Koledzy!
Szanowni Goście!

Kiedy w 1996 roku niezapomniany, wielki, polski papież Jan Paweł II odwiedził zjednoczone Niemcy, jego droga wiodła naturalnie również przez Berlin. Tutaj, niedaleko Reichstagu, papież przeszedł przez otwartą już wtedy Bramę Brandenburską. Miał wówczas powiedzieć towarzyszającym Mu osobom, że oto nadszedł wreszcie koniec II wojny światowej. Druga wojna światowa, rozpoczęta 75 lat temu wraz z napaścią Niemiec na Polskę, trwała sześć lat, lecz jej echa brzmiały przez dziesięciolecia w dotkniętych jej skutkami państwach i społeczeństwach Europy, w historiach rodzinnych i losach niezliczonych indywidualnych biografii na całym świecie.
Papież Polak był szczególnie świadom tej nieustannej obecności historii. Młodego człowieka, Karola Wojtyły, dotknęła boleśnie niemiecka okupacja Krakowa, jako student był świadkiem wywózki przez niemiecką policję bezpieczeństwa do obozów koncentracyjnych Sachsenhausen i Dachau niemal 200 profesorów i pracowników słynnego Uniwersytetu Jagiellońskiego;

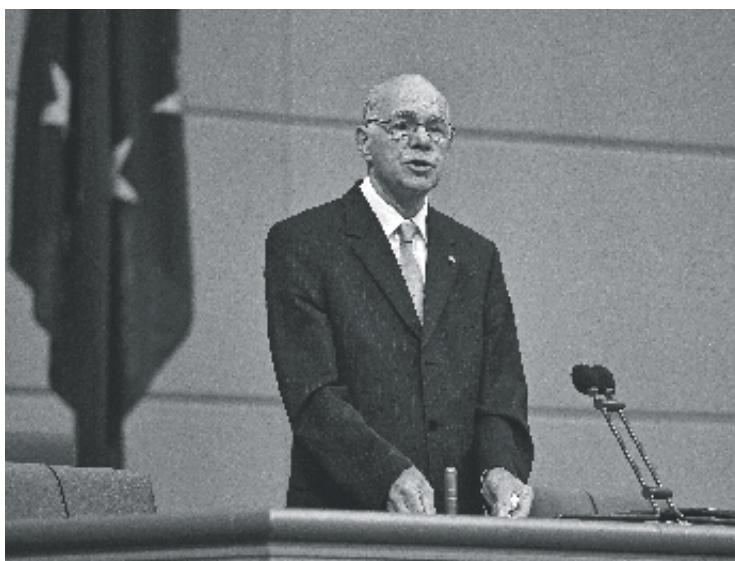
Przewodniczący prof. dr Norbert Lammert

jego samego zmusili Niemcy do bezwzględnej pracy przymusowej. Tę przeszłość miał przed oczyma Jan Paweł II, gdy pisał później o wolności, którą trzeba „nieustannie zdobywać” i kiedy zapytywał:

„Którędy przebiega dział pokoleń, między tymi, co nie dopłaciły, a tymi, co muszą nadpłacić. Po której jesteśmy stronie?”
Szanowni Państwo, przypominamy dziś o najbardziej niszczycielskiej wojnie w historii, wojnie celowo wywołanej przez Niemcy, wojnie, za którą pokolenia „musiały nadpłacić” o wiele za dużo. Zarazem codziennie szokuje nas przemoc, widzimy ludzkie cierpienie – to dzisiejsze wojny: w Syrii, w Iraku, w Sudanie Południowym, na Bliskim Wschodzie, na Ukrainie. Również dziś pokolenia drogo płacą za swoją wolność – nie mając pewności, czy rzeczywiście uda im się ją osiągnąć. Po której jesteśmy stronie? Z tym pytaniem wciąż na nowo mierzy się każde pokolenie a szczególnie my – Niemcy.
Drogi Koleżanki i Koledzy, w czasie uroczystości przed przerwą letnią wspominaliśmy wybuch, przyczyny i następstwa I wojny światowej sprzed 100 lat.

Epokę, która nadeszła z końcem lata 1914 roku, nie bez słuszności nazywa się niekiedy „Drugą Wojną Trzydziestoletnią” – przecież tylko w 20 lat od zakończenia pierwszej naradowosocjalistyczne Niemcy wywołały drugą z wojen światowych, pustoszących kontynent europejski w XX wieku.

Straszliwy bilans tej wojny to ponad 50 milionów ludzi zabitych w różnych miejscowościach globu, wiele milionów odciętych od swoich korzeni – deportowanych, wypędzonych, uciekinierów. To zniszczona Europa, podzielona żelazną kurtyną na rywalizujące bloki polityczno-ideologiczne, przede wszystkim jednak naznaczona bezprzykładnymi w dziejach zbrodniami przeciwko ludzkości. Niemcy – inaczej niż w roku 1918 – poniosły klęskę totalną, zostały nie tylko pokonane militarnie, lecz również zdyskredytowane moralnie. Przypominając niemiecką winę, uznajemy naszą odpowiedzialność i naukę, którą wyniesliśmy z historii. Jesteśmy wdzięczni za szansę, daną naszemu krajowi, za możliwość powrotu do wspólnoty narodów. Jesteśmy świadomi, że wymagały one gotowości do pojednania ze strony wszystkich narodów, tak bardzo doświadczonych przez okupację niemiecką i walczących, ponosząc wielkie straty, po stronie przeciwników hitlerowskich Niemiec.



Przewodniczący Bundestagu
Lammert wita uczestników
uroczystości

Bundestagspräsident Lammert bei
seiner Begrüßungsrede

Norbert Lammert, President of the
Bundestag, delivering his welcome
statement

Pańska wizyta, Panie Prezydencie, służy podkreśleniu szczególnego znaczenia stosunków z naszymi polskimi sąsiadami. Polska jako pierwsza stała się ofiarą II wojny światowej. Pańscy rodacy cierpieli pod okupacją niemiecką dłużej niż wszyscy pozostali. Tym bardziej zatem trzeba rzeczywiście uznać za cud – co słusznie zaakcentował Prezydent Federalny w wystąpieniu z okazji 70. rocznicy Powstania Warszawskiego – „że Polacy i Niemcy są dziś nie tylko żyjącymi zgodnie sąsiadami, ale i przyjaciółmi, którzy lubią się wzajemnie”. Dziękuję Panu, Panie Prezydencie Komorowski, w imieniu tej Izby za Pański szczególny, osobisty wkład i za to, że zechce Pan wystąpić dziś przed nami. Serdecznie Pana witamy!

oklaski

Panu, Panie Prezydencie Federalny, pragnę wyrazić mój szacunek za Pańską obecność w zeszłym tygodniu w Gdańsku, za z właściwej okazji, we właściwym miejscu, słusznie i potrzebnie wypowiedziane słowa.

oklaski

Proszę Państwa, kiedy 1 września 1939 roku krótko po godzinie dziesiątej Hitler stawał przed poddanym już wcześniej parlamentem – nie tutaj, nie w wypalonym wówczas budynku Reichstagu, lecz naprzeciwko, w Operze Króla – Polska już od wielu godzin znajdowała się pod ogniem. Jeszcze przed świtem okręt szkolny „Schleswig-Holstein”, który – co już samo w sobie było perfidią – zacumował w Gdańsku z wizytą przyjaźni, rozpoczął ostrzeliwanie polskiego garnizonu na Westerplatte. W tym samym czasie położone na wschód od Wrocławia miasto Wieluń doznawało wielkich strat wśród ludności cywilnej, równane z ziemią przez niemieckie bombowce.

Niemiecką napaść na Polskę poprzedził akt rozbójniczej dyplomacji:

Niemiecko-rosyjski pakt o nieagresji, zawarty 23 sierpnia między Hitlerem i Stalinem, był zarówno w swej intencji jak i w skutkach paktem zaczepnym dwóch ideologicznie przeciwnych sił, które w tajnym protokole dodatkowym porozumiały się z imperialną brutalnością w sprawie podziału swoich stref wpływu w Europie Środkowowschodniej, od Finlandii przez państwa bałtyckie i Polskę aż po Rumunię. Z cynicznym uzasadnieniem, niby niosąc Polsce porządek i spokój, a przede wszystkim jakoby dla ochrony Ukraińców i Białorusinów, 17 września 1939 roku Armia Czerwona zajęła polskie Kresy.



od lewej: Prezydent Federalny
Gauck, Prezydent Komorowski,
Kanclerz Federalna Merkel i
Wiceprezes Federalnego Trybunału
Konstytucyjnego Kirchhof

v.l.n.r.: Bundespräsident Gauck,
Staatspräsident Komorowski,
Bundeskanzlerin Merkel, der stell-
vertretende Bundesverfassungs-
gerichtspräsident Kirchhof

From left to right: Federal President
Gauck, President Komorowski,
Federal Chancellor Merkel, and
Paul Kirchhof, Vice-President of the
Federal Constitutional Court

Nastąpiły deportacje i masowe egzekucje, wśród nich masakra tysięcy oficerów w Katyniu wiosną 1940 roku.

Działania po stronie niemieckiej, bagatelizowane przez niemiecką propagandę jako „polska kampania”, w rzeczywistości dały początek bezprzykładnej w historii wojnie rasowej, która niebawem miała zwrócić się również i przeciwko Związkowi Radzieckiemu. Niemieckie podboje na Wschodzie już w fazie napaści na Polskę charakteryzowała zimna kalkulacja wojny wyniszczającej. W dniu 22 sierpnia 1939 roku, na tajnej konferencji z udziałem najwyższych rangą przedstawicieli Wehrmachtu, Hitler w sposób niedwuznaczny przedstawił swoje wyobrażenia na temat nadchodzącej wojny. Istnieją różne zapisy tej narady, różniące się brzmieniem, ale nie tendencją:

Chodziło o „całkowite zdruzgotanie Polski”, o prześladowania aż po „całkowite zniszczenie”.

Ofiarami masowych rozstrzelanń byli przede wszystkim przedstawiciele społecznych elit, reprezentanci państwowości, burmistrzowie, sędziowie, duchowni, ziemiaństwo, związkoncy, naukowcy i artyści, kupcy, nauczyciele, adwokaci i lekarze. Pierwsze masakry miały miejsce tuż po wybuchu wojny, w kaszubskich lasach. Jednocześnie z nieznaną dotychczas bezwzględnością postępowało wymazywanie liczącej setki lat tradycji żydowskiej. Jako główna scena przemysłowej zagłady europejskich Żydów, deportowanych ze wszystkich okupowanych terytoriów, Polska stała się wedle słów jej wybitnego pisarza, Andrzeja Szczypiorskiego, „największym cmentarzem cywilizacji“.

Przywołując pamięć tych zbrodni, popełnionych w imieniu Niemiec, wspominamy także wszystkich, którzy, wobec beznadziejnej wydawałoby się sytuacji w Niemczech i w okupowanych krajach sąsiednich, odważnie stawili opór, płacąc własnym życiem, tak jak w Powstaniu w Getcie Warszawskim w roku 1943 i w Powstaniu Warszawskim polskiej Armii Krajowej w roku 1944. Wspominamy kobiety i mężczyzn z Biały Róży i zamachowców z 20 lipca.

Deputowani Niemieckiego
Bundestagu

Blick auf Abgeordnete des
Deutschen Bundestages

View of Members of the German
Bundestag

Szanowni Państwo, Niemcy i Polacy nie tylko mają wspólną granicę – przede wszystkim dzielą też ze sobą wspólną historię. W tej historii granice miewały doprawdy złowieszcze znaczenie, przede wszystkim od czasu, gdy brandenburskie Prusy stały się europejskim mocarstwem. Wielki pruski król, Fryderyk II, nie należał do przyjaciół Polski. Z demonstracyjnym lekceważeniem spoglądał na Polskę z jej wywodzącą się z XVI wieku republiką szlachecką. W roku 1772 z zimną krwią wykorzystał okazję, by jej kosztem powiększyć własne terytorium. Polska, obrabowana z wolności, stała się pionkiem w grze Prus, Habsburgów i Rosji, egzekwujących własne mocarstwowe ambicje polityczne na niekorzyść sąsiada. Upokorzenia skłoniły jednak Polaków do podjęcia wielkich reform, podobnie jak później Prusy po klęskach doznanych od Napoleona: W roku 1791 uchwalili pierwszą w Europie spisaną konstytucję – równo co do dnia na cztery miesiące przed francuskim Zgromadzeniem Narodowym. Reakcją były ekspedycje karne politycznej reakcji Berlina i Sankt Petersburga.

Wraz z drugim i trzecim rozbiorzem w latach 1793 i 1795 państwo polskie zostało po 800 latach istnienia wymazane z mapy Europy. Terytorium Prus uległo natomiast podwojeniu. „Któredu przebiega dział pokoleń, między tymi, co nie dopłaciли, a tymi, co muszą nadpłacić?”

Polacy pozostali jednak wierni idei jedności narodowej. Ich wola przetrwania sprawiła, że stali się przykładem także dla liberalów w Niemczech. „Bez wolnej Polski nie ma wolnych Niemiec. Nie ma pomyślności dla innych narodów”, głoszono na festynie w Hambach w 1832 roku, gdy obok czarno-czerwono-złotej flagi powiewał też polski, biało-czerwony sztandar. Ale proklamowana jedność niemieckich dążeń zjednoczeniowych i polskich dążeń niepodległościowych miała tylko retoryczne znaczenie.



W rewolucji 1848 roku znów dominowały już tony narodowe, także w kościele św. Pawła, gdy Frankfurckie Zgromadzenie Narodowe, wbrew protestom Polaków, wcieliło do Związku Niemieckiego pruską prowincję „Wielkiego Księstwa Poznańskiego“. Temu, kto czasem dzisiaj, w aktualnym kontekście, uskarża się na rzekome „polskie wrażliwości“, brak najwidoczniej właściwego wyobrażenia o traumie narodu, który przez wiele dekad i stuleci nie istniał na mapie jako państwo.

Zakończenie I wojny światowej przyniosło wielu narodom w Europie Środkowoschodniej powstanie własnych państw narodowych. Także Polacy wykorzystali w latach 1918/19 narodowe prawo do samostanowienia we własnych granicach – po ponad 120 latach obcego panowania. Nowy, pokojowy ustroj, stworzony przez Traktat Wersalski, przewidywał m.in. specjalny status Gdańska jako niezawisłego tworu prawa międzynarodowego, wolnego miasta, kontrolowanego przez Ligę Narodów. Korytarz miał zapewnić nowemu polskiemu państwu dostęp do morza a jednocześnie oddzielił Prusy Wschodnie od pozostałe części Niemiec – okoliczność, którą Hitler potrafił wykorzystać jako pretekst dla rozpoczęcia w roku 1939 wojny, do której dążył.

Szanowni Państwo, Niemcy rozpoczęli wojnę w roku 1939, przegrali ją w roku 1945. Ale nie sami Niemcy musieli za nią zapłacić. Bezwarunkowa kapitulacja, którą dziś my, Niemcy, uznajemy za wyzwolenie, początkowo nie przyniosła Polakom wolności. Częścią polskiej tragedii XX wieku pozostaje i to, że po zwycięstwie nad Hitlerem nadeszły ciężkie jak ołów dekady, w których Polacy – a wraz z nimi wszyscy, którzy znaleźli się pod panowaniem sowieckim – nadal pozbawieni byli prawa do samostanowienia.

Po roku 1945 Polska doznała gigantycznego przesunięcia kraju na Zachód, co dla milionów ludzi oznaczało utratę ojczyzny. Kiedy dziś przypominamy także cierpienia tych Niemców, którzy, często bez osobistej winy, stali się ofiarami wydarzeń politycznych, wolno nam wspomnieć je tylko dlatego, że nie mamy zarazem wątpliwości co do przyczyn i skutków. Nieopanowana żądza zniszczenia Hitlera, od której tak nieskończenie mocno cierpiły ludy i narody od wybrzeży Atlantyku po Kaukaz i od Przylądka Północnego po Afrykę Północną, obróciła się ostatecznie przeciwko własnemu narodowi. Podczas nalotów dywanowych na niemieckie miasta zginęły setki tysięcy cywilów, przestały istnieć wielusetletnie tkanki miejskie, dla milionów żołnierzy nadeszły lata niewoli, wielu nigdy nie wróciło do domu. Kraj na dziesięciolecia pozostał podzielony.

Przewodniczący Bundestagu
Lammert w trakcie wystąpienia

Bundestagspräsident Lammert bei
seiner Rede

Norbert Lammert, President of the
Bundestag, delivering his speech

Do dziś jeszcze niekiedy smutkowi po stracie własnej ojczyzny nie towarzyszą w Niemczech wiedza i zrozumienie dla losów wypędzonych Polaków. Przykładem takich losów jest historia rodzinna naszego oficjalnego Gościa: Nosi imię swego wuja, który w wieku 16 lat za udział w działaniach polskiego podziemia w Wilnie został w 1943 roku zastrzelony na rozkaz niemiecki. Korzenie rodu Komorowskich sięgają dzisiejszej Litwy, ale po wypędzeniu rodziny przez okupantów sowieckich Bronisław Komorowski przyszedł na świat pod Wrocławiem, w domu, którego właścicielami wcześniej byli Niemcy. Dlatego mówił Pan, Szanowny Panie Prezydencie, że „Europa, w której każdy naród miałby skupić się tylko na cierpieniach własnych ofiar, byłaby przerażającym kontynentem. Przesłość powinna być dla nas zobowiązaniem, aby przyszłość planować wspólną.“ Tę możliwość otwarty dopiero wielkie przemiany, które w 1989 roku – przy zasadniczym udziale Polski – zmieniły Europę.

Panie i Panowie, w Gdańsku polsko-niemiecka historia XX wieku dochodzi do głosu wyraźniej niż gdziekolwiek indziej. Co więcej, to miasto stało się europejskim miejscem pamięci. Po Traktacie Wersalskim było zapowiedzią nieszcześćia i nowego konfliktu europejskiego, w roku 1939 miejscem wybuchu wojny. Później jednak, wraz z ruchem Solidarności, z dawniej Wolnego Miasta Gdańska powstało Miasto Wolności – przykład dla pokojowych rewolucji w całej Europie Środkowej i Środkowoschodniej. Od roku 2009, przy wschodniej fasadzie budynku Reichstagu, fragment muru dawnej Stoczni Gdańskiej im. Lenina przypomina o wielkich polskich zasługach dla jedności Niemiec i wolności w zjednoczonej Europie. Odsłanialiśmy ten mur wspólnie, Drogi Panie Komorowski, gdy pełnił Pan urząd Marszałka Sejmu. I wzajemnie, w Krzyżowej, w majątku rodziny Moltke fragment Muru Berlińskiego przypomina o 9 listopada 1989 roku. To szczerogłówne miejsce niemieckiego oporu symbolizuje przełom w stosunkach polsko-niemieckich po zakończeniu konfliktu między Wschodem i Zachodem. W dniu 12 listopada 1989 roku Tadeusz Mazowiecki i Helmut Kohl uczestniczyli tutaj w Mszy pojednania, po przewanej upadkiem Muru Berlińskiego wizycie państowej kanclerza Niemiec w Polsce.



Mury i w Gdańsku i w Berlinie pokonali ludzie walczący o prawa obywatelskie, zaangażowanie społeczeństwa obywatelskiego. Pan, Panie Prezydencie, nazwał oba fragmenty murów, ze Stoczni Gdańskiej jak i z Berlina, „symbolami integracji, dialogu i porozumienia“. Pojednanie między oboma naszymi narodami z ich bolesną, wiekową historią zmian terytorialnych, świadczy o tym, że pokój w Europie możliwy jest tylko wówczas, gdy ustanie kwestionowania integralności terytorialnej jej państw. O zrozumienie tego, także w Niemczech, przyszło zmagać się długo, również jeszcze w kontekście zjednoczenia i dyskusji o granicy polsko-niemieckiej. A w dzisiejszej Europie jest ono aktualniejsze niż kiedykolwiek przedtem. Właśnie dlatego wybór polskiego premiera na przewodniczącego Rady Europejskiej jest mocnym sygnałem i symbolem tożsamości dzisiejszej Unii Europejskiej.

oklaski

Panie i Panowie, „któredu przebiega dział pokoleń, między tymi, co nie dopłacili, a tymi, co muszą nadpłacić. Po której jesteśmy stronie?“ Dzień 1 września 1939 roku i jego następstwa są i pozostaną dla nas, Niemców, częścią historii, niebędącą tylko przeszłością, historii, która nas zawstyduje, ale i umacnia naszą wolę i nasze dobrowolne konstytucyjne zobowiązanie, by wspólnie ze wszystkimi naszymi sąsiadami i partnerami „jako równoprawny członek zjednoczonej Europy służyć pokojowi na świecie“. Wspólna praca w tym duchu Polaków i Niemców – jako sąsiadów, jako partnerów, jako przyjaciół, stanowi zachęcający przykład:

historia może nas czegoś nauczyć, jeśli tylko zrozumiemy lekcje, których nam udziela. Państwa dzisiejsza obecność w Niemieckim Bundestagu, Panie Prezydencie, potwierdza tę zależność. Z radością oczekujemy Państwa przemówienia.

oklaski



Widok na salę plenarną
bezpośrednio przed wystąpieniem
Prezydenta Rzeczypospolitej
Polskiej

Blick in den Plenarsaal unmittelbar
vor Beginn der Rede des polnischen
Staatspräsidenten

View of the plenary chamber just
before the speech by the President
of the Republic of Poland

Szanowny Panie Prezydencie Federalny!
Szanowny Panie Przewodniczący!
Szanowna Pani Kanclerz!
Szanowne Panie
i Szanowni Panowie Posłowie,
I wszyscy drodzy Państwo!

To, że mogę dzisiaj jako prezydent wolnej, demokratycznej Polski przemawiać w Bundestagu, w sercu niemieckiej demokracji, jest dla mnie źródłem prawdziwego, wielkiego wzruszenia. To, że mogę przemawiać tutaj w sercu państwa niemieckiego, bliskiego i przyjaznego Polsce, w 75. rocznicę wybuchu II wojny światowej, jest źródłem nie tylko wzruszenia, ale i poczucia szczęścia towarzyszącego pokoleniu tych, memu pokoleniu, których rodzice nie tylko przeżyli koszmar wojny, ale także i polsko-niemieckiej wzajemnej wrogości. Ten moment jest dla mnie źródłem dumy z dokonań naszego pokolenia na drodze do pojednania i odbudowy poczucia wzajemnej bliskości i zdolności do współpracy.

Wystąpienie Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej Bronisława Komorowskiego

Pamiętamy i pamiętać powinniśmy zawsze, że we wrześniu 1939 roku – 75 lat temu – salwy oddane przez pancernik Schleswig-Holstein na Westerplatte w Gdańsku, alarmy lotnicze w całej Polsce zwiastowały początek katastrofy nie tylko mojego kraju, ale i całej Europy. Wtedy zaczęła się straszna II wojna światowa. Mając w pamięci 1 września nigdy nie zapomnimy także i o 17 września, kiedy na ziemię polskie wkroczyły wojska radzieckie, sprzymierzone z hitlerowskimi Niemcami.

Wojna przyniosła okrutną śmierć dziesiątkom milionów ofiar i zgotowała straszliwy los setkom milionów niewinnych ludzi. Strach tamtego czasu, zorganizowany terror oraz systematyczne i masowe mordowanie uznanych przez obłąkańczą ideologię za podludzi, jeszcze dzisiaj trwa w naszej europejskiej pamięci. Wciąż są w niej obecne czasy, których symbolem stał się Holokaust i akcja świadomego niszczenia elit podbitej narodów. Prawie każda polska rodzina, także moja rodzina, doświadczyła nie tylko heroizmu walki, ale i grozy łapanek, obozowego upodlenia, brutalności przesiedleń oraz masowych egzekucji. Warto pamiętać, że na koniec nieszczęścia i cierpienia stały się udziałem nie tylko ofiar napaści, ale wszystkich, także społeczeństw tych państw, które były źródłem agresji.

Dlatego z tym większym podziwem musimy pamiętać o ludziach polsko-niemieckiego pojednania:

o biskupach polskich piszących w 1965 roku do biskupów niemieckich słynny list o wzajemnym przebaczeniu w odpowiedzi na dyskusje toczące się wśród niemieckich chrześcijan, musimy pamiętać o ludziach Akcji Znak Pokuty – Służba dla Pokoju, o politykach – Willym Brandcie, Helmutie Kohlu, Tadeuszu Mazowieckim, czy też o Władysławie Bartoszewskim. To Władysław Bartoszewski, niegdysiejszy więzień Auschwitz, potem członek Żegoty, organizacji podziemia polskiego, części polskiego podziemnego państwa, niosącej pomoc zagrożonym zagładą Żydom, potem wieloletni więzień w czasach stalinowskich, ale również – co zawsze podkreślam z ogromną dumą – także mój współtowarzysz w obozie internowania w czasie stanu wojennego.



Prezydent Komorowski przed wystąpieniem

Staatspräsident Komorowski bei seiner Rede

President Komorowski delivering his speech

To on, tu w tej Wysokiej Izbie mówił rzeczy ważne, o których należy pamiętać. Przed dwieścianastu laty mówił, iż „stosunki [polsko-niemieckie] uzyskały dziś wymiar europejski, że nasze sąsiedztwo zdecydowanie w znacznej mierze o tym, czy i kiedy podzielona Europa zdoła się zrosnąć. Współpraca obu państw w zjednoczonej Europie jest dziś – mówił – jednym z zasadniczych celów i uzasadnień dla stosunków dwustronnych”.

Pełne pojednanie, już w warunkach wolności wywalczonej między innymi przez polską „Solidarność”, było zwieńczeniem długolatnich wysiłków na rzecz nowego początku w stosunkach polsko-niemieckich. Nowego początku, nowej ery wspólnoty dobrego losu Polski i Niemiec, wspólnoty losu zapoczątkowanej przemianami roku 1989.

To był rzeczywiście czas niezwykły, czas gdy premierem w rwącej się ku wolności Polsce był już Tadeusz Mazowiecki, pierwszy niekomunistyczny szef rządu w naszej części Europy i gdy widoczne stawały się już rysy na murze berlińskim dzielącym naród niemiecki i dzielącym Europę. Pamiętam, jak w końcu sierpnia 1989 roku uciekinierzy z NRD zaczęli napływać do Polski.

Nie mieliśmy wtedy granicy z żadnym państwem ówczesnego świata Zachodu, ale Niemcy ze Wschodu słusznie spodziewali się, że zmiany zachodzące w Polsce dają im nadzieję na wolność, także na przedostanie się do RFN. Dla nas, w Polsce organizacja ich przejazdu do Niemiec Zachodnich była też ważnym doświadczeniem, sygnałem, że fatalizm w relacjach polsko-niemieckich można przełamać. Ze wolni Polacy i wolni Niemcy mogą się porozumieć i współdziałać. W „solidarnościowej” już Polsce patrzyliśmy z wielką sympatią na tych wszystkich dzielnych ludzi, którzy potrafili w Niemczech wschodnich podjąć ryzyko wyjścia na ulice i domagania się respektowania praw obywatelskich. „Wir sind das Volk” – „To my jesteśmy narodem” – to hasło było wołaniem o uznanie podmiotowości obywateli i ich suwerenności wobec władz państwa.



Widok na salę plenarną podczas
wystąpienia Prezydenta
Komorowskiego

Blick in den Plenarsaal während
der Rede von Staatspräsident
Komorowski

View of the plenary chamber during
President Komorowski's speech

Roland Jahn, obecnie Pełnomocnik Federalny do spraw Materiałów Państwowej Służby Bezpieczeństwa NRD, a wtedy młody opozycjonista, wspominał po latach, że tej przełomowej jesieni „na lipskim ringu szła z nami Solidarność”. My, w Polsce, śledziliśmy z nadzieją modlitwy i protesty wokół kościoła św. Mikołaja w Lipsku. Wiedzieliśmy, że trwały sukces wolności możemy odnieść tylko wspólnie. Modliliśmy się wtedy razem z ludźmi z tego kościoła o wolność, o naszą wspólną sprawę. To nie było tylko zwycięstwo dyplomacji czy politycznych sojuszy. Tak naprawdę Europę zmieniała wola społeczeństw – wola ludzi złączonych wolności. Nasze narody nie zmarnowały tamtej historycznej koniunktury. Ostatnie dwudziestopięciolecie to niewiarygodna wprost historia wspólnego budowania przez Polaków i Niemców zjednoczonej Europy. To niezwykła historia pojednania, które pamiętając o milionach mogił, o popiołach unoszących się z dymem krematoriów, o zgłiszczach powstańczej Warszawy, ale i o ruinach Berlina, posiłkując się tą wspaniałą tradycją roku 1989, buduje i budować będzie nową nadzieję dla Europy i świata.

I dzisiaj, z tą świadomością całej okrutnej, gorzkiej, ale i częściowo chwalebnej historii narodów Europy Środkowo-Wschodniej w XX wieku, staje przed Wami, Panie i Panowie, by zaświadczenie o cudzie pojednania, o tej niezwykłej rzeczywistości, w której młode pokolenie Polaków i Niemców może po raz pierwszy od bodajże dwustu lat uczyć się i pracować razem, razem budować wspólną przyszłość narodów zjednoczonej Europy. Cieszę się, że chcemy o tym naprawdę kopenkańskim przewrocie w dziejach stosunków polsko-niemieckich pamiętać wspólnie, o czym świadczy ten symboliczny fragment muru Stoczni Gdańskiej nieopodal budynku Reichstagu czy też idea Autostrady Wolności, która niedługo będzie łączyła – nie tylko w wymiarze fizycznym, ale także i symbolicznym – Warszawę z Berlinem. Za te gesty nie tylko pod adresem polskiej „Solidarności”, ale pod adresem wszystkich marzących o pojedaniu i współpracy polsko-niemieckiej, dziękuję z całego serca. Moje szczególne wyrazy podziękowania składam na ręce moich przyjaciół: Pana Prezydenta Federalnego Joachima Gaucka oraz Pana Przewodniczącego Bundestagu Norberta Lammerta. Dziękuję wszystkim wolnym Niemcom!

Prezydent Komorowski, za nim
Przewodniczący Bundestagu
Lammert

Staatspräsident Komorowski, dahinter
Bundestagspräsident Lammert

President Komorowski, with
Norbert Lammert, President of the
Bundestag, in the background

Szanowni Państwo, W tym roku przypada nie tylko 75. rocznica wybuchu II wojny światowej, ale też 100. rocznica wybuchu I. Obie wojny dzieliły dystans zaledwie jednego pokolenia. Warto jednak dostrzec, że dwie europejskie generacje, tak boleśnie doświadczone przez wojny, wyciągnęły zupełnie odmienne wnioski z przeżytych katastrof. Po I wojnie światowej Europa podążyła drogą umacniania narodowych egoizmów i dążeń do rewizji wyników wojny, do rewanżu za poniesione klęski. Te zjawiska sprzyjały rozprzestrzenianiu się lewicowych i prawicowych ekstremizmów, powstawaniu systemów autorytarnych i totalitarnych. Trzeba było dopiero dramatu II wojny, aby Europa zwróciła się w stronę tego, co narody europejskie łączy, a nie dzieli, w stronę integracji, umacniania wolnego rynku i demokracji, w stronę bezpieczeństwa opartego na dobrobycie i współpracy z sąsiadami.

Sukces europejskiej integracji miał swoje korzenie w kulturze, w podobnym rozumieniu roli człowieka w świecie. Rdzeniem kultury europejskiej jest bowiem personalizm. Można wywodzić personalizm z chrześcijaństwa, które stworzyło ów koncept człowieka rozumiejącego samego siebie jako „osobę”. Można też wywodzić z tradycji oświeceniowej, w której precyzyjnie został zapisany przez Immanuela Kanta. Tym, co łączy Europejczyków jest przekonanie o niezbywalnej godności każdej istoty ludzkiej. I to zgodnie z tym przekonaniem musimy budować całą edukację i prawodawstwo, formować życie gospodarcze i instytucje. To wokół personalizmu musimy dzisiaj budować jak najszerszą, mającą globalny zasięg, swoistą „koalicję antropologiczną”, uznającą prymat osoby ludzkiej. To podstawowe przesłanie, które winno dziś płynąć z Europy i dla Europy. I to tego konceptu człowieka jako osoby – istoty rozumnej, wolnej, społecznej i obdarzonej nieskończoną godnością – musimy bronić, mając potwierdzoną przez historię świadomość, że gdy godność ludzka jest zagrożona, kompromis przestaje być samoistną wartością.



Użyłem tutaj słowa „wartość”, gdyż, po prymacie kultury nad ekonominą i polityką, jest to ten wymiar, między innymi polskiego doświadczenia, który jest uniwersalny. Bowiem fenomen „Solidarności” był w swej istocie fenomenem etycznym. Z wiary w wartość podstawową, w godność człowieka, wypływała „siła bezsilnych” i to ona dała „Solidarności” jej skuteczność wspierającą pokojowy rozpad najbardziej krwawego imperium w dziejach świata. Niemcy też mają takie doświadczenie. Wielkiemu sukcesowi społecznemu i gospodarczemu zrujnowanych po II wojnie światowej Niemiec towarzyszyła debata przecież o wartościach podstawowych, o fundamentach etycznych odrodzonej niemieckiej państwowości. To takiej właśnie debaty dziś potrzebuje cała Europa! Jedność europejska tylko wtedy będzie i głęboka, i skuteczna w działaniu, gdy będzie budowana na wspólnocie wartości.

Szanowni Państwo, „Nie było Europy, mieliśmy wojnę”, tak pisali „ojcowie założyciele” europejskich wspólnot i dlatego z konsekwencją i determinacją tworzyły instytucje europejskie, dając do pogłębiania i poszerzania obszaru integracji. Dobrze rozumieli, że tylko zjednoczona Europa może stać się Europą bez wojen. W ten sposób na kolejne dziesiątki lat przestrzeganie praw człowieka i obywatela, demokratyczne państwo prawa i poszanowanie dla mniejszości, te fundamenty pokoju, stały się wizytówką Europy. Stała się nią także zdolność do twórczego budowania kompromisów, na które i dziś powinniśmy być gotowi, by stawić czoła wyzwaniom stojącym przed nami wszystkimi.

Kluczowe dla Europy jest połączenie troski państwa o rozwój wszystkich obywateli z gospodarczą efektywnością. Tylko Europa ożywiona duchem przedsiębiorczości, wspierająca aktywność małych i średnich przedsiębiorstw w całej wspólnocie oraz dbająca o tworzenie właściwego klimatu dla przemysłu będzie skutecznie konkurować na globalnym rynku.

Członkowie Rządu Federalnego

Blick auf Mitglieder der Bundesregierung

View of members of the Federal Government

Potrzebne jest nam dziś twórcze nawiązanie do koncepcji społecznej i wolnej gospodarki rynkowej, pokazujące, jak połączyć pomocniczość i solidarność, interes jednostki z dobrem wspólnym. Polskie doświadczenie przemian pokazuje, jak ważne są śmiałe reformy, jak ważne są dobre regulacje, ale jednocześnie to, że zmiany systemowe powinny mieć na celu wyzwolenie ludzkiej energii, ludzkiej chęci tworzenia. Kolejnym zadaniem jest ulepszanie systemu strefy euro tak, by była ona bardziej odporna na wstrząsy. Wnioski wyciągnięte z ostatniego kryzysu oraz dalsze reformy w strefie euro, powinny stać się zachętą dla kolejnych państw, w tym także i dla Polski, by w nieodległej przyszłości euro stało się wspólnym środkiem płatniczym wszystkich, którzy się do tego zobowiązali, przystępując do europejskich wspólnot.

Ale trzeba pamiętać, że do strefy euro skutecznie może przyciągnąć tylko poczucie bezpieczeństwa i zwiększonej solidarności wszystkich jej uczestników. Warto więc od wszystkich państw tej strefy wymagać reform i brania za tę strefę odpowiedzialności. Z nową mocą staje obecnie przed nami problem bezpieczeństwa – od bezpieczeństwa energetycznego, przez obronę obywateli przed aktami terroru, ochronę integralności terytorialnej państwa nam bliskich, aż po konieczność wzmacniania własnej obronności w obliczu zagrożenia, jakie stanowi dla świata, dla naszego kontynentu, a nie tylko dla wschodniej flanki NATO, powrót do stosowania siły, agresji militarnej tu, blisko nas, tu w Europie. Mówiąc o tych wyzwaniach w roku dziesięciolecia poszerzenia UE na Wschodzie, myślę o naszej przeszłości. To bowiem sąsiadujące z sobą oba kraje, Niemcy, największy kraj tzw. starej Unii, i Polska, największy kraj tej nowej Unii, powinny dać dzisiaj przykład nie tylko w dziele przezwyciężania trudnej przeszłości, ale też w budowaniu bezpiecznej Europy dla kolejnych pokoleń, dla przyszłości.



To nasze kraje powinny wziąć na siebie zadanie zakopywania starych podziałów kontynentu na Wschód i Zachód oraz zapobiegania tworzeniu się nowych podziałów. Jestem przekonany, tak, jak to wyraził Pan Prezydent Federalny Joachim Gauck, że „tylko wspólnie możemy budować demokratyczną i pokojową Europę przyszłości. I tylko wspólnie możemy jej bronić”. Potrzebujemy polsko-niemieckiej wspólnoty odpowiedzialności za przyszłość Europy.

By jednak tę wspólną przyszłość móc skutecznie budować, musimy jednocześnie posiadać świadomość, czego robić nie powinniśmy, tak by uniknąć pułapek np. integracji powierzchownej, budującej jedynie fasadę. Trzeba mieć dzisiaj odwagę, by powiedzieć, że wbrew wielu pięknym marzeniom i projektom nie będzie łatwo szybko pójść dalej. Nierozważna próba dalszych kroków integracyjnych bez umocowania fundamentów może stać się przeciwskuteczna i raczej sprzyjać osłabieniu, dezintegracji Unii Europejskiej, niż ją wzmacniać, wspierać.

Nie będą bowiem służyć tej spójności ani odgórne próby homogenizacji Europy, wbrew zbyt rzadko stosowanej unijnej dewizie „zjednoczeni w różnorodności”, ani biurokratyczne dążenia do regulacji kolejnych dziedzin życia gospodarczego czy społecznego, która tłumi dynamikę rozwoju biorącą się z naturalnej, kreatywnej żywiołówkości w obu tych sferach życia. Pomocniczość, zasada ustroju UE, zbyt często w praktyce bywa ignorowana. Chcemy pogłębionej integracji. Chcemy, dlatego wielkim zadaniem stojącym przed nowymi władzami w instytucjach Unii jest utrzymanie jej spójności w obliczu nieuchronnego różnicowania się w konkretnych sferach integracji. Ta odpowiedzialność w znacznym stopniu spoczywa na największych państwach Unii, które w ostatnich latach ujawniały czasami skłonność do unilateralizmu, do działań niewzględniających w należytym stopniu interesów unijnej całości. Te zachowania odśrodkowe potrafią – o czym musimy pamiętać – wzmacniać się wzajemnie, że generują często reakcje, które mogą Unię osłabić.



Prezydent Komorowski przy
mównicy

Staatspräsident Komorowski am
Redepult

President Komorowski at the
rostrum

Drodzy Państwo, W czasach, w których my, ludzie wolnego świata, musimy stawić czoła fundamentalnym wyzwaniom, polsko-niemiecka odpowiedzialność nie kończy się na Unii Europejskiej. Polskę i Niemcy i wszystkich innych łączy wspólnota odpowiedzialności za więzi transatlantyckie i za Sojusz Północnoatlantycki, który odgrywał i odgrywa doniosłą, stabilizującą funkcję w całym, globalnym porządku międzynarodowym. Dlatego, mimo pojawiających się czasem sporów, powinniśmy nie ustawać w wysiłkach, by odbudowywać transatlantyckie zaufanie, czasami – wiemy o tym – naruszone czy kwestionowane. To jest wielkie zadanie dla rządów i instytucji społeczeństwa obywatelskiego po obu stronach Atlantyku. Ta stabilizująca rola Sojuszu opiera się na mocnej podstawie, jaką jest Traktat Waszyngtoński, na gotowości przyjęcia sobie wzajemnie z pomocą w potrzebie. Zobowiązaliśmy się, że państwa członkowskie „poprzez stałą i skuteczną samopomoc i pomoc wzajemną będą utrzymywać i rozwijały swoją indywidualną i zbiorową zdolność do odparcia zbrojnej napaści”.

Te zobowiązania są konstytucją myślenia o bezpieczeństwie Europy i o więzach transatlantyckich. Ważne jest zatem, że niedawny szczyt w Walii te zobowiązania potwierdził. Liczę, że nie zabraknie nam konsekwencji we wprowadzaniu postanowień szczytu w życie, i że nie damy związać sobie rąk porozumieniami ze stronami trzecimi, które swoich zobowiązań nie dotrzymują. To dobra wiadomość, że jedną z odpowiedzi na wojnę na Ukrainie będzie strategiczne wzmacnienie wschodniej flanki NATO poprzez ciągłą obecność wojsk sojuszniczych i wysuniętą infrastrukturę logistyczną w krajach granicznych, a także m.in. podwyższenie gotowości sił reagowania i zwiększenie roli dowództwa korpusu w Szczecinie, którego trzon stanowią polscy, niemieccy i duńscy żołnierze.

Widok na galerię dla publiczności

Blick auf die Besuchertribüne

View of the visitors' gallery

Pamiętamy, że to dzięki współpracy ze Stanami Zjednoczonymi i dzięki parasolowi NATO możliwy był sukces powojennej zachodniej Europy i sukces samych Niemiec. NATO tworzyło niezbędną przestrzeń bezpieczeństwa dla rozwoju i tworzy ją nadal. Dziś, kiedy ponownie stawiamy czoło wyzwaniom w zakresie bezpieczeństwa, NATO musi pozostać efektywnym sojuszem militarnym tak, by zapewniać nam możliwość podejmowania decyzji bez strachu, bez ulegania groźbom. Odstraszanie nie jest przeciwieństwem współpracy, nie jest przeciwieństwem współpracy i dialogu, ale jest jej koniecznym uzupełnieniem. Są bowiem na świecie siły, które nie liczą się z podjętymi zobowiązaniami, jeśli wyczuja u swoich partnerów militarną słabość lub po prostu brak zdecydowania. Więzi z Ameryką Północną nie powinny dotyczyć wyłącznie kwestii bezpieczeństwa.

Transatlantyckie Partnerstwo Handlowe i Inwestycyjne to realizacja planu, który powstał prawie u zarania Sojuszu, w przekonaniu, że żywotność wspólnocie transatlantyckiej zapewni właśnie wspólna przestrzeń gospodarcza. Zdajemy sobie doskonale sprawę, że długotrwałość realizacji tej idei świadczy, że jest ona trudna dla każdej ze stron i zawiera elementy ryzyka. Ale Transatlantyckie Partnerstwo Handlowe i Inwestycyjne to nie jest zwykły układ handlowy, ale ta brakująca część transatlantyckiej wspólnoty bezpieczeństwa, projekt o wymiarze cywilizacyjnym. Jeśli chcemy utrzymać żywotność tej wspólnoty, zainwestujmy w powodzenie tej idei. Gdy ciężar świata przesuwa się ku Azji, zapewnijmy światu zachodniemu więcej stabilności. Podtrzymywanie politycznych, wojskowych, gospodarczych i społecznych więzi transatlantyckich to – w moim przekonaniu – dobra inwestycja w dobrą przyszłość. To nasza wspólna przeszłość!



Umacnianie jedności i solidarności Unii Europejskiej oraz wspólnoty szeroko rozumianej Zachodu to trudne zadania w czasach wielkiej niepewności. Wyzwanie jest tym większe, że zmieniając Europę, umacniając wspólnotę transatlantycką, musimy równocześnie znajdować wspólną odpowiedź na geostrategiczne wyzwania w naszym otoczeniu. Postulowana przez mnie polsko-niemiecka wspólnota odpowiedzialności musi obejmować także wspólną odpowiedź na zagrożenia w krajach sąsiedztwa. Skończyły się czasy pokojowej dywidendy po zakończeniu zimnej wojny. Musimy zmierzyć się z wyzwaniem, które coraz częściej mają charakter zagrożenia agresją militarną. Pamiętamy, że między innymi w odpowiedzi na wojny na terenie Zachodnich Bałkań wykuwała się w bólach idea wspólnej polityki bezpieczeństwa i obrony oraz wspólna polityka zagraniczna. Mieliśmy wtedy nadzieję, że po doświadczeniach Bośni, po doświadczeniach oblężonego Sarajewa i zbrodni w Srebrenicy, gdy nadziejemy kolejny kryzys, będziemy potrafiли znaleźć na niego odpowiedź.

Każdy musi sobie odpowiedzieć sam: czy to, co widzimy w naszym bezpośrednim sąsiedztwie, na Ukrainie, w Syrii, w Libii czy w Iraku znajduje odpowiednią odpowiedź, czy to, co obserwujemy nie podważa naszej wiary w nasze siły i skuteczność działań instytucji, które z takim wielkim wysiłkiem tworzyliśmy? Jeśli wierzymy w uniwersalność naszych wartości, musimy znaleźć w sobie determinację, by ich bronić!

Różne są ruchy i zjawiska, które zagrażają wolności – inne są w Iraku, inne w Syrii, Libii, na Ukrainie czy w Rosji. Łączy je jednak wszystkie wspólny mianownik – pogarda dla praw człowieka, dla rządów prawa i dla swobód obywatelskich. Pogarda dla ludzi, którzy pragną wolności i solidarności, którzy chcą być demokratycznym narodem. Nie przypadkiem fundamentaliści islamscy biorą za cel lokale wyborcze, dzięki którym naród może decydować o swojej przyszłości. Nie przypadkiem ci Ukraińcy, którzy wyszli na kijowski Majdan głosząc, że to oni są suwerenem w swoim państwie, wzbudzili wściekłość ościennego mocarstwa, które zdecydowało się na bezprecedensową wojnę, agresję w Europie.

Widok na salę plenarną, przy mównicy Prezydent Komorowski

Blick in den Plenarsaal, am Redepult: Staatspräsident Komorowski

View of the plenary chamber, with President Komorowski at the rostrum

Na naszych oczach odradza się nacjonalistyczna ideologia, która pod zasłoną humanitarnych słów o ratowaniu narodowych mniejszości, łamie prawa człowieka i prawa narodów. Znamy to dobrze, właśnie z lekcji lat 30-tych XX wieku. Dziś w tym kontekście szczególnie dobrze brzmią słowa prezydenta Richarda von Weizsäckera:
„Kto zamyka oczy na przeszłość, staje się ślepy na przyszłość”. Trzeba o zagrożeniach wolności mówić z całą mocą, używając klarownego, jasnego języka.
Trzeba, albowiem wyrozumiałość wobec przemocy skazuje Europę na potencjalną klęskę. To kolejny wniosek płynący z trudnej polsko-niemieckiej lekcji historii, którą razem powinniśmy powtarzać Europie i światu.

Wierzę, że stojąc tu, na tym miejscu, które było świadkiem wielu dramatycznych wydarzeń, stojąc tu w czasie aż gęstym od symboli, tak wielu ważnych europejskich rocznic, pragnę powiedzieć do moich niemieckich sąsiadów i przyjaciół:

tylko odważna polityka budowana na fundamentalnie wartości, których rdzeniem jest ludzka godność, zasługuje na miano „realpolitik”. Twórzmy w Europie politykę mądrą, długofalową, ale i skuteczną, taką która broni godności człowieka. Każej ludzkiej jednostki i wszystkich ludzi!

Kryzys na Ukrainie dawno zatracił wymiar regionalnego konfliktu dwustronnego, stał się wyzwaniem dla całego kontynentu, dla całego świata zachodniego. Atakując Ukrainę, Rosja uderzyła w fundamenty wspólnoty demokratycznej, jej praw i wartości, a także w podstawową zasadę rządzącą cywilizowanym światem: zasadę poszanowania suwerenności państw. Ukraina nie uczyniła niczego, co by tę agresję usprawiedliwiało.



Dostrzegamy też świadome działania, by zburzyć albo przynajmniej zablokować europejską jedność, by skłocić wewnętrznie Europejczyków oraz osłabić więzi transatlantyckie. Jeśli dalej wierzymy w globalną rolę Unii Europejskiej, musimy dowieść jej zdolności do działania w najbliższym sąsiedztwie. Jeszcze dekadę temu liczyliśmy, że pochód wolności, w którym 25 lat temu kroczyli wspólnie Polacy i Niemcy, nie będzie zatrzymany, że będą do niego dołączać kolejne narody, przyciągnięte wizją demokratycznego dobrobytu i europejskiego stylu życia. Tej nadziei nie porzucamy. Nadal wierzymy, że nasza Autostrada Wolności będzie coraz dłuższa, sięgająca daleko na Wschód Europy. Widzimy jednak, że droga ku temu będzie trudna i mniej wygodna.

Nikt bardziej od Polaków nie cieszyłby się, mając w Rosji sprawdzonego i przewidywalnego partnera. Tak, jak Niemcy i cała Unia Europejska wiele zainwestowaliśmy w zbliżenie z Rosją. Wiele osiągnęła Polsko-Rosyjska Grupa do Spraw Trudnych, ciągle też wiążemy nadzieję z Centrami Dialogu i Pojednania, w których trwają polsko-rosyjskie rozmowy i spotkania. Warto pamiętać i warto to przyпомнić, że były liczące się opory właśnie w Europie zachodniej jeszcze kilka lat w kwestiach ustanowienia między Polską i Rosją poszerzonej strefy małego ruchu granicznego. Dzisiaj te decyzje błogosławimy, bo to jest jeden z obszarów, w którym możemy współkształtować postawy wiedzy o świecie także naszych rosyjskich sąsiadów. My też chcielibyśmy widzieć Rosję jako partnera szeroko rozumianego Zachodu. Dlatego obecna polityka Rosji jest dla nas tak głębokim roczarowaniem i wielopłaszczyznowym wyzwaniem.

Prezydent Federalny Gauck

Bundespräsident Gauck

Federal President Gauck

Bolejemy, że obecne władze na Kremlu wybrały antyokcydentalizm jako legitymację swojej władzy, jako swoją tożsamość, i jako orientację geopolityczną, że wybrały drogę dążenia do dominacji i budowy swego znaczenia nie poprzez modernizację kraju i współpracę z Zachodem, ale poprzez odbudowę w nowej wersji starej strefy wpływów, używając przy tym siły militarnej wobec sąsiadów. Wojna w Gruzji przed sześciu laty i obecna na Ukrainie są tego nieszczęsnym przejawem.

W moim przekonaniu to, co się dzieje we wschodniej Ukrainie, jest wynikiem lęku obecnych władz na Kremlu przed sukcesem demokratycznej modernizacji, której życzymy wszyscy i Ukrainie, i Rosji. Podobnie myślą zresztą wielu naszych rosyjskich przyjaciół, bojąc się, że obecna polityka władz na Kremlu zagraża także prawom obywatelskim i ich wolności. Potrzebujemy inwestować także w media rosyjskojęzyczne, nadające w Europie i poza nią, tak by rozszerzyć przestrzeń wolnej informacji i zwalczać kłamstwo. Dzięki nim może uzyskamy szanse także istotne z punktu widzenia właśnie naszych rosyjskich przyjaciół, demokracji, przyjaciół wolności.

Determinacja i ofiary, poniesione pod flagami unijnymi przez Ukrainę i jej społeczeństwo podczas ostatniej zimy na Majdanie i cierpienie, którego doświadczają podczas obecnej wojny, nie pozwalają nam na pozostanie obojętnymi wobec dramatu tego europejskiego państwa. Wymaga to od Unii i całego Zachodu wszechstronnej pomocy dla Ukraińców, którzy walczą obecnie już nie tyle o prawa do realizacji tego lub innego porozumienia handlowego, ile o fundamentalne prawa do niezależności, niepodległości, prawo do suwerennego wyboru. Ukraińcy, mimo wojennego zagrożenia nie schodzą bowiem z drogi budowy demokratycznych instytucji. Wesprzyjmy ich w umacnianiu podstaw państwowości. Podtrzymujmy Partnerstwo Wschodnie.

Przecież nie zawiedliśmy, nie zaprowadziliśmy Europy na Dzikie Pola, lecz sprawiliśmy, że przynajmniej niektóre państwa tego regionu chcą żyć wedle zasad, które i my wyznajemy. Przykład wolności jest zaraźliwy.



Szanowni Państwo, Stojąc tutaj, w miejscu, gdzie bije serce niemieckiej demokracji, nie kryję także głębokiego, osobistego wzruszenia. Jest to wzruszenie syna partyzanta Armii Krajowej i oficera Wojska Polskiego, który w marszu na Berlin dotarł w walce aż na Łużyce. Stojąc tu, przed najwyższym przedstawicielstwem demokratycznych Niemiec, nie mogę zapomnieć o wspomnianym przez Pana Przewodniczącego również moim stryju Bronisławie, po którym otrzymałem imię, razem z całą tradycją i z całym dobrym i bolesnym doświadczeniem. Rzeczywiście zginął na rozkaz niemiecki w okupowanym Wilnie za walkę o wolną Polskę, gdy miał 16 lat. Ale nie mogę i nie chcę ukryć wzruszenia także z innego, ważnego dla mnie powodu – że urodziłem się już po wojnie na Dolnym Śląsku, w okolicach Wrocławia, w polskiej rodzinie wypędzonej z byłych terenów wschodnich Rzeczypospolitej. Ale urodziłem się w domu, który opuściła wcześniej jakaś nieznana niemiecka rodzina. Bawiłem się zabawkami jakichś dzieci niemieckich. Ta rodzina doświadczyła historii, podobnej do tej, której doświadczała moja rodzina. Doświadczyła historii, której tragiczny rozdział rozpoczął się 75 lat temu, 1 września 1939 roku. Dobrze więc rozumiem ból związany z doznanymi krzywdami i utratą stron rodzinnych.

Zawrócenie z drogi pomocy w modernizacji naszych wschodnioeuropejskich partnerów – w moim przekonaniu – może nas skazać na chaos i niekontrolowane społeczne wybuchy w bezpośrednim sąsiedztwie UE i NATO. Dlatego konieczna jest pomoc Ukrainie i innym krajom Partnerstwa Wschodniego w każdym z możliwych wymiarów: począwszy od pomocy humanitarnej, pomocy w odbudowie zniszczeń wojennych, aż po dzielenie się doświadczeniami w zakresie reformy samorządowej, małych i średnich przedsiębiorstw, zwalczaniu korupcji, ale także w reformie systemu obronnego, systemu bezpieczeństwa.

Prezydenci obejmują się; od lewej: Przewodniczący Rady Federalnej Weil, Prezydent Federalny Gauck, Prezydent Komorowski, Kanclerz Federalna Merkel i Wiceprezes Federalnego Trybunału Konstytucyjnego Kirchhof

Zwei Präsidenten umarmen sich;
v. l. n. r.: Bundesratspräsident Weil,
Bundespräsident Gauck, Staats-
präsident Komorowski, Bundeskanz-
lerin Merkel, der stellvertretende
Bundesverfassungsgerichtspräsident
Kirchhof

Two presidents embrace; from left
to right: Stephan Weil, President of
the Bundesrat, Federal President
Gauck, President Komorowski,
Federal Chancellor Merkel, and
Paul Kirchhof, Vice-President of the
Federal Constitutional Court

Ale dla mnie ten współodczuwany ból to dodatkowy argument do działania na rzecz polsko-niemieckiego pojednania i współpracy. To dla mnie kolejne potwierdzenie wagi przeżywanego cudu polsko-niemieckiego pojednania. Dzięki pojednaniu i współpracy, dzięki wspólnemu uczestnictwu w procesie jednocienia i integracji Europy, możemy dzisiaj wypracować polsko-niemiecką wspólnotę odpowiedzialności. I czynimy to, czynimy, nie zapominając o przeszłości, ale dzięki wspólnemu wysiłkowi mądrego i odpowiedzialnego pamiętania o przeszłość. Podziwiam zdolność nowych Niemiec do zrozumienia historii, odważnego zmierzenia się z jej dramatem, którego źródłem była polityka nazistowskich Niemiec. I chciałbym, byśmy wspólnie wyciągnęli wnioski z tej przeszłości. Wyzwania dnia dzisiejszego i doświadczenia dnia wczorajszego wymagają od nas tego, czego zabrakło przed 75 laty. Wspólnota demokratyczna potrzebuje wizji, strategii i zdecydowania w obronie ładu międzynarodowego, suwerenności państw i wolności obywatelskich.

Treścią tej misji musi być Europa i jej reformy, musi być sąsiedztwo Unii Europejskiej, stabilność tego sąsiedztwa w obliczu pełzającej wojny, muszą być więzi transatlantyckie i troska o zachowanie szczególnych relacji między Europą a Ameryką. Dziś, jak nigdy potrzebujemy polsko-niemieckiej wspólnoty odpowiedzialności, wspólnoty dla Europy, otwartej na wszystkie państwa Europy, całego naszego kontynentu. Chciałbym bardzo, i jestem pewien, że wszyscy tutaj, na tej Sali, chcielibyśmy bardzo, aby w następne rocznice wybuchu wojny światowej można było z głębokim przekonaniem powiedzieć więcej, niż mówili ojcowie-założyciele Unii. Chcielibyśmy wszyscy, aby można było powiedzieć: „Nie było Europy, mieliśmy wojnę. Ale dzięki Europie i jej instytucjom nie ma wojny na całym i wolnym kontynencie”.

Od nas zależy, od naszej wiary i działania to, aby Autostrada Wolności była w przyszłości o wiele, wiele dłuższa, sięgająca nie tylko Warszawy i Berlina. Ale cieszymy się z tego i bądźmy dumni, że w naszym obszarze szczególnie odpowiedzialności ta wolność jest dzisiaj fundamentem relacji polsko-niemieckich. Dziękuję bardzo!

długie oklaski





Przewodniczący Bundestagu
Lammert i uczestnicy uroczystości
wstają do hymnu Europy

Bundestagspräsident Lammert und
Teilnehmer der Gedenkstunde
erheben sich zur Europahymne

Norbert Lammert, President of the
Bundestag, and the guests stand for
the European anthem



Zespół Instrumentów Dętych
Uniwersytetu Artystycznego w
Berlinie

Blechbläser-Ensemble der
Universität der Künste Berlin

The brass ensemble from
Berlin University of the Arts



Po uroczystości Prezydent Komorowski, Przewodniczący Bundestagu Lammert, Kanclerz Federalna Merkel i Prezydent Federalny Gauck opuszczają salę plenarną

Nach der Gedenkstunde verlassen Staatspräsident Komorowski, Bundestagspräsident Lammert, Bundeskanzlerin Merkel und Bundespräsident Gauck (v. l. n. r.) den Plenarsaal

From left to right: President Komorowski, Norbert Lammert, President of the Bundestag, Federal Chancellor Merkel and Federal President Gauck leaving the plenary chamber after the Ceremony of Remembrance



Prezydent Komorowski i
Przewodniczący Bundestagu
Lammert rozmawiają. Za nimi
Kanclerz Federalna Merkel i
Prezydent Federalny Gauck

Staatspräsident Komorowski und
Bundestagspräsident Lammert im
Gespräch. Dahinter Bundeskanzle-
rin Merkel und Bundespräsident
Gauck

President Komorowski and Norbert
Lammert, President of the
Bundestag, in conversation. Behind
them are Federal Chancellor Merkel
and Federal President Gauck



Deutscher B

Bronisław Komorowski, ur. 1952 pod Wrocławiem, studiował nauki historyczne na Uniwersytecie Warszawskim. Już jako młody człowiek angażował się w działalność opozycyjną przeciwko reżimowi komunistycznemu. Aktywny członek „Solidarności”, wielokrotnie aresztowany jako przeciwnik reżimu, internowany na wiele miesięcy. Od roku 1991 był posłem na Sejm RP, w latach 2000 - 2001 ministrem Obrony Narodowej, od 2007 do 2010 roku Marszałkiem Sejmu RP. Od dnia 6 sierpnia 2010 roku Prezydent Rzeczypospolitej Polskiej.

Biogram



Przejście do fragmentu muru z byłej Stoczni Gdańskiej im. Lenina z tablicą pamiątkową: Prezydent Komorowski, Prezydent Federalny Gauck i Przewodniczący Bundestagu Lammert

Auf dem Weg zum Mauersegment der ehemaligen Danziger Lenin-Werft mit der Gedenktafel:
Staatspräsident Komorowski,
Bundespräsident Gauck und
Bundestagspräsident Lammert
(v.l.n.r.)

From left to right: President Komorowski, Federal President Gauck, and Norbert Lammert, President of the Bundestag, walking to the fragment of wall from the former Lenin Shipyard in Gdańsk, which bears a commemorative plaque



Prezydenci przy tablicy
upamiętniającej rolę Solidarności
przy północno-wschodnim rogu
budynku Reichstagu

Die Präsidenten vor der
Solidarność-Gedenktafel an der
Nordostecke des Reichstagsgebäudes

The presidents at the Solidarność
plaque at the north-east corner of
the Reichstag Building



„...To niezwykła historia pojednania...” Prezydenci przed tablicą

„... eine einmalige Geschichte der Versöhnung...”. Die Präsidenten vor der Gedenktafel

“...an unprecedented story of reconciliation...”. The presidents in front of the commemorative plaque



Prezydent Komorowski i Prezydent
Federalny Gauck

Staatspräsident Komorowski,
Bundespräsident Gauck (v. l. n. r.)

From left to right: President
Komorowski, Federal President
Gauck





Impressum

Herausgeber: Deutscher Bundestag,
Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Protokollierung: Deutscher Bundestag,

Stenografischer Dienst

Lektorat: Gesellschaft für deutsche
Sprache (GfdS)

Übersetzung: Sprachendienst des
Deutschen Bundestages in Zusammen-
arbeit mit Hillary Crowe, Emma Hardie,
Krystyna Kopczyńska, Monika Ordon-
Krzak und Eva-Maria Steiger

Gestaltung: Deutscher Bundestag,
Referat ZT 5

Bundestagsadler: Urheber Prof. Ludwig
Gies, Bearbeitung 2008 büro uebele

Fotos: 2. Umschlagseite u. S. 1, 4, 11, 13,
15, 21, 23, 25, 27, 29, 30, 33, 39, 40, 42,
49, 53, 55, 57, 59, 61, 63, 67, 71, 73, 75,
76, 89, 95, 101, 105, 107, 109, 114, 115,
122/123 Deutscher Bundestag/Marco
Urban; S. 7, 9, 17, 31, 35, 37, 38, 47, 62,
65, 69, 77, 83, 85, 87, 91, 97, 99, 103,
111, 112, 113, 116, 121 DBT/Werner
Schüring; S. 19, 51, 78, 93, 118, 119, 120

DBT/Achim Melde; S. 45, 80 DBT/Sylvia
Bohn

Druck: ProWachter GmbH, Bönnigheim

**Eine Aufzeichnung der Gedenk-
veranstaltung ist im Internet unter
www.bundestag.de/mediathek abrufbar.**

Stand: Oktober 2014;

© Deutscher Bundestag, Berlin;
alle Rechte vorbehalten

Diese Publikation wird vom Deutschen
Bundestag im Rahmen der parlamenta-
rischen Öffentlichkeitsarbeit herausge-
geben. Eine Verwendung für die eigene
Öffentlichkeitsarbeit von Parteien,
Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahl-
bewerbern – insbesondere zum Zwecke
der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Published by: German Bundestag,
Public Relations Division,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Record of proceedings: German
Bundestag, Shorthand Writers' Service
Edited by: Society for the German
Language (GfdS)

Translated by: Language Service of the
German Bundestag, in cooperation with
Hillary Crowe, Emma Hardie, Krystyna
Kopczyńska, Monika Ordon-Krzak and
Eva-Maria Steiger

Design: German Bundestag, Division ZT 5
Bundestag eagle: Created by Professor
Ludwig Gies, revised in 2008 by büro
uebele

Photos: Inside front cover and pp. 1, 4,
11, 13, 15, 21, 23, 25, 27, 29, 30, 33, 39,
40, 42, 49, 53, 55, 57, 59, 61, 63, 67, 71,
73, 75, 76, 89, 95, 101, 105, 107, 109, 114,
115, 122/123 Deutscher Bundestag (DBT)/
Marco Urban; pp. 7, 9, 17, 31, 35, 37, 38,
47, 62, 65, 69, 77, 83, 85, 87, 91, 97, 99,
103, 111, 112, 113, 116, 121 DBT/Werner
Schüring; pp. 19, 51, 78, 93, 118, 119, 120

DBT/Achim Melde; pp. 45, 80 DBT/Sylvia
Bohn

Printed by: ProWachter GmbH, Bönnig-
heim

**A recording of the Ceremony of
Remembrance can be accessed online at
www.bundestag.de/mediathek.**

As at: October 2014;

© Deutscher Bundestag, Berlin;
all rights reserved

This publication is produced by the German
Bundestag in the framework of parlia-
mentary public relations work. It may not be
used by parties, parliamentary groups,
Members of the Bundestag or candidates
in their public relations activities
– particularly for campaign purposes.

Impressum

Wydawca: Niemiecki Bundestag,
Referat Informacji Publicznej,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Protokołowanie: Niemiecki Bundestag,
Stużba stenograficzna

Redakcja: Gesellschaft für deutsche
Sprache (GfdS)

Tłumaczenia: Służba językowa

Bundestagu; współpraca: Hillary Crowe,
Emma Hardie, Krystyna Kopczyńska,
Monika Ordon-Krzak, Eva-Maria Steiger

Układ graficzny: Niemiecki Bundestag,
Referat ZT 5

Orzel Bundestagu: autor prof. Ludwig
Gies, adaptacja 2008 büro uebele

Zdjęcia: 2. strona okładki i str. 1, 4, 11,
13, 15, 21, 23, 25, 27, 29, 30, 33, 39,
40, 42, 49, 53, 55, 57, 59, 61, 63, 67, 71, 73,
75, 76, 89, 95, 101, 105, 107, 109, 114,
115, 122/123 Deutscher Bundestag (DBT)/
Marco Urban; str. 7, 9, 17, 31, 35, 37, 38,
47, 62, 65, 69, 77, 83, 85, 87, 91, 97, 99, 103,
111, 112, 113, 116, 121 DBT/Werner
Schüring; str. 19, 51, 78, 93, 118, 119, 120

DBT/Achim Melde; str. 45, 80 DBT/Sylvia
Bohn

Druk: ProWachter GmbH, Bönnigheim

**Nagranie uroczystości znajduje się w
Internecie na stronie
www.bundestag.de/mediathek**

Stan na: październik 2014;

© Deutscher Bundestag, Berlin;
Wszelkie prawa zastrzeżone.

Niniejsza publikacja została wydana przez
Niemiecki Bundestag w ramach parlamen-
tarnej komunikacji społecznej. Używanie
jej do własnej działalności promocyjnej
partii, klubów parlamentarnych, wybra-
nych przedstawicieli lub kandydatów –
w szczególności w celu agitacji wyborczej
– jest niedozwolone.

